

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 12

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbekerstr. 17. Fernspr. III, 3622.

Hamburg,
Sonnabend, 19. März 1910.

Anzeigen kosten die viergespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfennig (der Betrag ist stets vorher einzusenden).
Vereins-Anzeigen 20 Pfennig die Zeile.

24. Jahrg.

Kollegen! Zur Durchführung des Tarifs bedarf es der Mitarbeit aller Kollegen! Sorgt für die Stärkung unseres Verbandes, tretet überall in die regste Agitationstätigkeit ein, erfülle jeder seine Pflicht!

Die Tarifvereinbarungen im Malergewerbe im Jahre 1909.

Bei Abschluß des Normaltarifes im Jahre 1908 wurde im Absatz 3 des § 9 vereinbart, daß die nach dem 1. Mai 1908 ablaufenden, bis jetzt noch nicht gekündigten Tarifverträge ohne jede Veränderung bis zum 31. Dezember 1909 weiterlaufen sollen. Daraus erklärt sich, daß für die Erneuerung bzw. Verbesserung der Tarife im Jahre 1909 nur eine geringe Zahl Orte übrig blieb. Außerdem war die Geschäftskontinuität des abgelassenen Jahres keineswegs dazu angetan, einen besonderen Vorstoß zu unternehmen, weshalb sich unsere Organisation in der Hauptsache darauf beschränkte, dort einzusetzen, wo es voraussichtlich ohne großen Kampf gelingen würde, einen Tarif zum Abschluß zu bringen.

Trotzdem wurden im Jahre 1909 noch 32 Tarife neu abgeschlossen. Davon sind 24 erstmalige Abschlüsse, während 8 Tarife mit Verbesserungen dort vereinbart wurden, wo der Arbeitgeberverband zunächst keinen Einfluß hatte. 29 Tarife kamen durch friedliche Vereinbarungen zustande und 20 wurden nach dem Normaltarifmuster abgeschlossen. Die 32 Tarife erstrecken sich auf 55 Orte mit 880 Betrieben und 2032 Beschäftigten. 18 Tarife wurden mit Vertretern des Arbeitgeberverbandes abgeschlossen, 6 mit Innungen, 3 mit einzelnen Meistern und 5 Tarife beziehen sich nur auf je eine Firma.

Soweit nicht der Normaltarif in Frage kam, entsprechen die Tarife dem früher üblichen Wortlaut. Wo der Arbeitgeberverband Tarifkontrahent war, wurde als Ablauftermin für die neuen Tarife gleichfalls der 31. Dezember 1909 gewählt, sodas von den Tarifen 6 nur eine halbjährige Dauer hatten, 16 liefen auf 1/2 Jahr. Drei Tarife wurden für ein Jahr vereinbart, drei für 2 Jahre, einer für 2 1/2 Jahre, einer für 2 1/2 Jahre und zwei für 3 Jahre. Bei 8 Tarifen ist eine stillschweigende Verlängerung um je ein Jahr möglich. Als Kündigungsfrist sind in den Tarifen vorgesehen, zweimal 1 Monat, einmal 6 Wochen, einmal 2 Monate und viermal 3 Monate. Eine besondere Ueberwachungskommission war bei 25 Tarifen vorgesehen, diese besteht in 10 Fällen aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und drei Kollegen, in einem Falle sind je zwei Vertreter vorgesehen. Die fünf Firmentarife betreffen Lackereien, während sich die 27 anderen Tarife auf Baubetriebe erstrecken.

Ein Leistungs- und Akkordtarif wurde nur in drei Fällen aufgestellt, ein neuer Beweis dafür, daß den Arbeitgebern an derartigen Vereinbarungen nicht viel gelegen ist.

Bezüglich der täglichen Arbeitszeit wurden folgende Vereinbarungen getroffen: einmal 8 1/2 Stunden, zweimal 9 Stunden, neunmal 9 1/2 Stunden, siebenmal 10 Stunden. Bei drei Firmentarifen richtet sich die Arbeitszeit nach der Fabrikordnung und sind nähere Vereinbarungen nicht getroffen. Als wöchentliche Arbeitszeit ist vorgesehen: einmal 51 Stunden, zweimal 54 Stunden, zweimal 56 1/2 Stunden, siebenmal 57 Stunden, einmal 58 Stunden, sechsmal 59 Stunden, einmal 59 1/2 Stunden und zehnmal 60 Stunden.

Die Arbeit beginnt bei neun Tarifen um 6 Uhr, bei acht um 6 1/2 Uhr, bei elf Tarifen um 7 Uhr und bei einem Tarif um 7 1/2 Uhr. Als Ende der täglichen Arbeitszeit ist vorgesehen, einmal 4 1/2 Uhr, zweimal zwanzigmal 6 Uhr, zweimal 6 1/2 Uhr und dreimal 7 Uhr. Die Winterarbeitszeit ist in 19 Tarifen erwähnt und besonders festgelegt. Als Frühstückspause sehen die Tarife viermal eine Viertel Stunde vor, zweimal zwanzigmal 1/2 Stunde. Die Mittagspause beträgt einmal 1/2 Stunde, achtmal 1 Stunde, dreimal 1 1/4 Stunden und siebenmal 1 1/2 Stunden. Vesperpausen sind noch in

9 Tarifen vorgesehen, und zwar viermal 1/4 Stunde und fünfmal 1/2 Stunde.

Akkordarbeit ist bei den fünf Lackierertarifen vorgesehen. Bei fünf anderen Tarifen ist sie ausgeschlossen, im übrigen gestattet, soweit schriftliche Vereinbarung vorliegt und der Lohn garantiert wird.

Die Stundenlöhne der Junggehilfen bewegen sich zwischen 30 und 46 Pfg. und sind im einzelnen folgende Mindestlöhne vereinbart: einmal 30 Pfg., einmal 34 Pfg., dreimal 35 Pfg., einmal 36 Pfg., dreimal 37 Pfg., zweimal 38 Pfg., dreimal 39 Pfg., sechsmal 40 Pfg., einmal 41 Pfg., einmal 42 Pfg., einmal 43 Pfg., zweimal 44 Pfg., zweimal 45 Pfg., einmal 46 Pfg.

Als Mindestlöhne für ältere Gehilfen sind vorgesehen: zweimal 35 Pfg., einmal 38 Pfg., dreimal 40 Pfg., dreimal 42 Pfg., dreimal 43 Pfg., dreimal 44 Pfg., dreimal 45 Pfg., einmal 46 Pfg., einmal 47 Pfg., viermal 48 Pfg., dreimal 50 Pfg., einmal 51 Pfg., einmal 52 Pfg. und einmal 54 Pfg.

Die Anstreicherlöhne bewegen sich zwischen 30 und 45 Pfg., sie sind bei sieben Tarifen nach Altersgruppen getrennt. Für junge Anstreicher waren vereinbart: einmal 30 Pfg., zweimal 32 Pfg., zweimal 34 Pfg., einmal 35 Pfg., einmal 39 Pfg., einmal 40 Pfg., einmal 41 Pfg. Für ältere Anstreicher betrug der Mindestlohn: einmal 35 Pfg., zweimal 36 Pfg., dreimal 37 Pfg., zweimal 38 Pfg., einmal 39 Pfg., einmal 40 Pfg., einmal 42 Pfg., einmal 43 Pfg. und zweimal 45 Pfg. Außer diesen Tariflöhnen werden in sieben Tarifen allgemeine Lohnerhöhungen vorgesehen.

Ausschläge für Ueberstunden waren vereinbart in zwei Tarifen 5 Pfg. pro Stunde, bei elf Tarifen 10 Pfg., bei einem Tarife 11 Pfg., bei zwei Tarifen 15 Pfg. und in vierzehn Tarifen 25 Prozent. Als Ausschlag für Sonntagsarbeit war festgelegt: zweimal 10 Pfg., zweimal 15 Pfg., neunmal 20 Pfg., einmal 22 Pfg., zweimal 25 Pfg., einmal 30 Prozent und zwölfmal 50 Prozent. Für Nachtstunden betrug der Ausschlag einmal 10 Pfg., einmal 15 Pfg., neunmal 20 Pfg., dreimal 25 Pfg., einmal 30 Pfg. und dreizehnmal 50 Prozent. Die Nachtarbeit beginnt bei einem Tarif um 8 Uhr, bei einem um 8 1/2 Uhr, bei dreizehn um 9 Uhr, bei neun Tarifen um 10 Uhr, soweit Angaben darüber vorliegen. Wo der Normaltarif in Frage kommt, ist bei Nachtarbeit in Wechselschicht 10 Prozent vorgesehen.

Wegen auswärtiger Arbeit, ohne Uebernachten, ist in den meisten Tarifen vereinbart, daß bei Entfernungen über eine halbe Stunde die Geh- bzw. Fahrzeit als Arbeitszeit bezahlt werden muß. In fünf Tarifen wird das Mehraufwand mit 50 Pfg. vergütet. Eine Fixierung des Mehraufwands bei Landarbeit mit Uebernachten ist in sieben Tarifen vorgesehen. Bei den übrigen Normaltarifen ist zwar gesagt, daß der Mehraufwand vergütet werden muß, ein Betrag dafür ist jedoch nicht genannt. Sechs Tarife sehen für Ledige und Verheiratete die gleichen Sätze vor. Es sind in einem Falle 50 Pfg., einmal 1 M., einmal 1.20 M. und dreimal 1.50 M. vereinbart. Die weiteren elf Tarife machen zwischen Ledigen und Verheirateten in der Höhe der Auslösung einen Unterschied. Für Ledige sind vorgesehen: einmal 50 Pfg., einmal 80 Pfg., dreimal 1 M., zweimal 1.30 M., dreimal 1.50 M., einmal 1.75 M. Für Verheiratete beträgt die Auslösung einmal 1.20 M., viermal 1.50 M., einmal 1.75 M. und viermal 2 M.

Für Fassadenausschlag sehen die meisten Tarife, die nach dem Normaltarif abgeschlossen sind, 5 Pfg. bei Arbeiten über 10 m vor. In zwei anderen Tarifen ist vereinbart, daß bei Auf- und Abrücken 5 Pfg. pro Stunde vergütet werden. Außerdem sieht ein Tarif bei Innenarbeit über 5 m einen Zuschlag von 5 Pfg. pro Stunde vor.

Bei zwei Tarifen endigt die Arbeitszeit am Sonnabend 1/2 Stunde früher, bei sieben Tarifen eine Stunde früher. In einem weiteren Falle ist verein-

bart, daß die Arbeit an den Montagen eine Stunde später beginnt. Vor den hohen Festen endigt die Arbeitszeit bei sechs Tarifen eine Stunde früher, bei einem Tarif 1 1/2 Stunden, bei fünfzehn 2 Stunden, bei einem 2 1/2 Stunden und bei einem 3 Stunden. Arbeitschluß ist einmal um 3 Uhr, vierzehnmal um 4 Uhr, einmal um 4 1/2 Uhr und achtmal um 5 Uhr. Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses ist bei 28 Tarifen ausgeschlossen, doch gilt nach dreien der Tag als Einheit, es kann also nur abends aufgehört werden. Der § 616 ist in 21 Tarifen ausgeschlossen. Als Lohnzahlungstag ist bei 24 Tarifen der Sonnabend vorgesehen. Die Lohnzahlung muß innerhalb einer halben Stunde beendet sein, Wartezeit über eine halbe Stunde muß besonders bezahlt werden. Soweit die Tarife dem Normaltarif entsprechen, ist weiter angegeben, was der Gehilfe an eigenem Werkzeug zu stellen hat. In der Hauptsache werden Mal- und Strichpinsel, Lineal und Spachtel angegeben. Für Anstreicher wird nur Spachtel gefordert. Leider begegnen wir auf diesem Gebiete auch einzelnen Auswüchsen insofern, als bei einem Tarif noch eine Schere verlangt wird und daß sich andere in Kleinigkeiten verhalten, die Ritzeisen, Schnur, Lot usw. aufzuführen. In einem Falle wird sogar verlangt, daß der Kollege den Handseger zu stellen hat. Die Pfuscharbeit ist, soweit der Normaltarif in Frage kommt, ebenfalls unterlagt, solange der Gehilfe bei einem Meister in Arbeit steht. Im übrigen decken sich die Tarife mit den Bestimmungen, die wir aus früheren Verträgen kennen. Besondere Bemerkungen sind daran nicht zu knüpfen.

Hat uns dieses abgelassene Jahr keinen besonderen Fortschritt in der Tariffrage gebracht, so wird in diesem Jahre durch den Abschluß des Reichstarifes die Tarifbewegung um so umfangreicher werden. Einen Schaden haben wir während der Krise nicht zu verzeichnen, wenn es auch nicht an Versuchen fehlte, die Tarifbestimmungen zu durchbrechen, so können wir im allgemeinen doch konstatieren, daß es der Kraft der Organisation gelungen ist, in dieser kritischen Zeit die Tarife hoch zu halten, was der Organisation mehr Energie geloset hat, als in der guten Konjunktur einen Pfennig Lohn mehr herauszuholen. Dieser Erfolg darf keineswegs unterschätzt werden, wenn uns der Fortschritt auch nicht voll befriedigt hat.

Kritikaster und Querulanten.

Es gibt in der Gewerkschaftsbewegung eine recht eigenartige Sorte von Mitgliedern. Sie sind eingeschriebene Mitglieder, zahlen ihre Beiträge ziemlich pünktlich, sind in fast jeder Versammlung anwesend, ergreifen auch oft das Wort, sind auch sonst sehr geprägt und reden auch bei anderen Gelegenheiten recht viel über die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und ihren Verband im besonderen. Er der Tausend, wird mancher sagen, dann sind das doch recht vernünftige Menschen, die ihrer Gewerkschaft und damit auch der allgemeinen Arbeiterbewegung sehr nützlich sind. Ja, lieber Leser, so nett die Sache sich anhört, sie hat dennoch einen recht bedenklichen Seiten. Es kommt bei der soeben geschilderten Tätigkeit vor allem auch auf das „Wie“ an, und deshalb möchte ich diese Leute denn doch etwas näher schildern.

Also seine Beiträge zahlt so ein Gewerkschaftler ziemlich pünktlich. Sein selten verlegender Redestrom ergießt sich aber auch bei dieser für einen Gewerkschaftsgenossen unerlässlichen Betätigung vor allem über den Kollegen, der als Entlassener seines wichtigen Amtes waltet. Er ist selten der Freund eines solchen Funktionärs. Mit strenger Miene schiebt er diesem den Gewerkschaftsbeitrag hin und erklärt dabei feierlichen Ernstes, daß der Beitrag ein viel zu hoher sei und daß der Verband für das schöne Geld doch eigentlich so gut wie gar nichts leiste. Das erzählt er nicht nur dem Funktionär, das erzählt er jedem, der es hören oder auch nicht hören will. Und unwillig nimmt er schließlich sein abgefeimtes Verhandelsbuch entgegen.

Auch in fast jeder Versammlung ist dieser Gewerkschaftler. Hier meldet er sich bei jeder Sache getreulich zum Wort. Und er wird stets, getreu seinem „Prinzip“, einen andern Standpunkt vertreten wie der Vorstand oder die Ortsverwaltung. Und da er selten mit seiner

Ausicht durchdringt, wird er stets mit unheilverkündender Stimme das nahe bevorstehende Ende der Fikale prophezeien. Er wird bei dieser Gelegenheit auch oft seinen Verbandsaustritt erklären und sich hoch und teuer verschwören, nur, nachdem man auch noch diese neue „Dummheit“ gemacht habe, unter keinen Umständen mehr mitmachen zu wollen. Aber bei dem „berühmten“ letzten Punkt jeder sonstigen Gewerkschaftsversammlung, dem „Diversen“ oder „Sonstigem“ ergreift er bereits wieder das Wort. Er hat sich mit irgend einem Kollegen auf der Arbeitsstätte oder im Lokal verfeindet. Nun unterläßt er es nicht, beim „Diversen“ diese Angelegenheit recht eingehend zu erörtern, und zu zeigen, welcher schlechter Kerl dieser Kollege doch eigentlich ist. Das mindeste, was er verlangt, ist, daß diesem Menschen für sein „unfollegiales“ Verhalten eine feierliche Rüge erteilt wird. Und wehe, wenn die Versammlung dem nicht Folge leistet! Er erklärt alle für Ausbunde aller Unzulängenden und stürzt wutwahnend fort, um in der nächsten Versammlung dasselbe Schauspiel zu wiederholen.

Auch in der Werkstatt und in öffentlichen Lokalen setzt unser Freund seine „Kritik“ unbeeinträchtigt weiter fort. Jedermann erklärt er, daß das Verbandsstatut von vorn bis hinten gar nichts taugt. Jeder darin enthaltene Paragraph sei eine ausgemachte Dummheit. Jeder Verbandsbeschluss eine komplette Bosheit, die sich vornehmlich und ausgerechnet gegen seine Person wende. Und der Rest ist stets, daß ein so geleiteter Verband unrettbar seinem Untergange zuzusteuere und über kurz oder lang schließlich zusammenbrechen müsse.

Auch die Funktionäre seines Verbandes hält ein solcher Gewerkschafter durchweg für ausgemachte Idioten, obwohl er selbst jedes Amt, zu dem er etwa vorgeschlagen wird, mit diesem Ernst ablehnt. Dafür aber erzählt er jedem, daß er es für ganz unerfindlich halte, wie man solche Leute auf solchen verantwortlichen Posten stellen konnte. Der Vorsitzende habe absolut kein Organisationsstalent und verstehe auch nicht, die kleinste Versammlung zu leiten; der Schriftführer könne nicht schreiben und der Kassierer nicht rechnen. Und wenn so ein „unfähiger“ Kopf gar angestellt und sein Gehalt von der Gewerkschaft bezahlt, dann ist es erst recht gescheit. Denn dieser Mensch, den man in irgendeiner schwachen Stunde in ganz unbegreiflicher Weise auf diesen verantwortlichen Posten gestellt hat, ist bei ihm nichts weiter als ein elender Postenräger, dem es nun endlich doch gelungen ist, das lang ersehnte Amt zu ergattern. Außerdem ist er dumm und ein Faulpelz, der nur bemüht ist, sich von den Großen der Gewerkschaft schöne Tage zu machen. Solche Leute verstanden überhaupt nichts von der Arbeiterbewegung und es sei höchste Zeit, daß sie „abgesetzt“ werden. So ein Amt könne genau betrachtet, überhaupt ganz gut des Abends in der Dämmerstunde so nebenbei erledigt werden. Und richtig genommen, seien alle diese Funktionäre weiter nichts als elende und ehrgeizige Streber, denen die Arbeitersache nicht im geringsten am Herzen liege.

Lieber Leser, merkst du was? Schau dich um und du wirst solche „guten Freunde“ der Gewerkschaft sehen können. Das sind unsere nörgelnden Kritiker, unsere Querulantent, denen nichts recht ist, und denen man es nie recht machen kann. Keine Spur einer ehrlichen Opposition und vernunftgemäßen Kritik findest du bei ihnen! Sie nörgeln, spinnstieren, querulieren und kritisieren aus „Prinzip“ und arten so oft zum wahren Schreien jeder Gewerkschaft aus. Der Nutzen, den sie bieten, ist ein kleiner; den Schaden aber, den sie anrichten, ist unberechenbar. Was kann es einer Gewerkschaft groß nützen, wenn jemand wohl seine Beiträge bezahlt, durch sein Benehmen dabei aber andre von der Gewerkschaft zurückdrückt? Was hilft es der Organisation, wenn jemand ein fleißiger Versammlungsbesucher ist, durch sein Auftreten in der Versammlung aber Dutzenden seiner Arbeitsgenossen den Versammlungsbesuch verleidet, wenn er durch das Aufhausehen kleinlicher Dinge

zu großen „Prinzipienfragen“ den glatten Verlauf der Versammlungen stört und hindert? Wie kann einer Gewerkschaft damit geholfen sein, wenn jemand bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit deren Einrichtungen herabgewürdigt und die von der Allgemeinheit im demokratischen Wahlverfahren eingesetzten und erprobten Leiter der Organisation durch den Kot schleift? Wo soll der unerlässliche Kampfesmut einer Gewerkschaft herkommen, wenn solche unberufene Störenfriede tagtäglich die „Ohnmacht“ der Gewerkschaft predigen und deren nahen und gewissen Untergang prophezeien?

Auf solche eine Weise wird einer Gewerkschaft nie geholfen. Leute, die sich auf diese Art betätigen und so den mühevollen Aufbau der Gewerkschaft zu stören suchen, gehören zu den gefährlichsten Gegnern ihrer Organisation, obwohl ihnen zumeist das Bewußtsein ihrer schädigenden Eigenart abgeht. Sie sind wohl Mitglieder, aber auch unbewußte Totengräber der Arbeitersache. Thun sie denn auf die Finger zu sehen und sie stets auf das Schädigende ihrer Handlungen hinzuweisen, das muß die Aufgabe jedes wahren Gewerkschafters und wirklichen und rücksichtslosen Freundes der Arbeitersache sein!

Darum, du wahrer Freund unsrer guten Sache, habe acht auf die unberufenen Kritiker und Nörgler in den eigenen Reihen! Suche die schädigende Tendenz ihres Charakters zu enttarnen, indem du ihnen stets und überall wirksam und energisch entgegentrittst und ihnen das Schädliche ihrer Handlungsweise vorhältst.

Verkenne mich aber nicht! Ich meine nicht, daß jeder Kritik gegen unsre Verbandsrichtungen die Spitze geboten werden soll! Das wäre schädlich und auch gefährlich für unsre weitere Fortentwicklung. Kritik in unsren Reihen ist notwendig. Und es wird sich bei jeder Neuerung im Verband herausstellen, daß sie Gegner hat. Und wenn hier nun die Kritik einsetzt, so schadet das nichts. Die Kritik gehe aber maßvoll, sei von brüderlichem Geiste durchtränkt und dem ehrlichen Empfinden, nur das Beste für die Organisation zu wollen! So entfacht eine sachliche und fruchtbare Diskussion, die die Geister und Ansichten klärt, dem Wahren und Guten die Bahn ebnet und der Organisation zum größten Vorteil gereicht!

Und tritt weiter stets in Wort und Tat für deine Organisation ein! Sie ist unser einziger Hort gegen den Uebermut des Unternehmertums! Darum strebe für sie und agitiere für sie! Zeige stets ihre besten Seiten, rüttle die Lauen auf, tröste die Zagenden, richte den Zweifler in die Höhe! So wirst du am besten für deine Organisation wirken! Und das ist dann nicht nur dein Vorteil, es ist auch der Vorteil deiner gesamten Berufscollegen.

Und falls du — was ich allerdings nicht wünsche — zu der einknagenden dieses Artikels erwähnten Kunst der nörgelnden Kritiker und Querulantent gehören solltest, dann beherzige diese Zeilen. Gehe in dich und übe strenge Selbstkritik! Gehe nicht achlos an diesen Zeilen vorüber! Sie sind geschrieben in deinem Interesse und damit auch im Interesse unsrer Gesamtorganisation! Also bestre dich und handle zukünftig so, wie hier in den letzten Absätzen angedeutet wurde! Das gereicht dir zur Ehre und zum größten Vorteil und nicht zuletzt auch deiner Organisation und der gesamten Arbeiterbewegung.

Schiedspruch für das Malergewerbe in Köln.

Gefällt zu Köln am 14. Februar 1910 von dem Kollegium der Unparteiischen Beigeordneten Dr. Fuchs, Rentner Damann und Arbeiterssekretär Bartels.

1. Die Arbeitszeit dauert vom 15. März bis 15. Okt. täglich 9 Stunden und zwar von vormittags 1/8 bis 12 Uhr, von nachmittags 1/2 bis 6 Uhr.
2. Der Stundenlohn beträgt für Gehilfen unter 20 Jahre 53 Pfg., für Gehilfen über 20 Jahre

58 1/2 Pfg. Eine Vergütung auf Grund des Berliner Schiedspruch 3 vom 8. Januar 1910 wird nicht gewährt. Dieser Spruch bedarf der Bestätigung nach Ablauf eines Jahres.

Die Bestimmung des Berliner Schiedspruchs 2, wonach ab 1. Januar 1911 ein weiterer Pfennig pro Stunde zu gewähren ist, wird nicht berührt.

Tatbestand:

Der Reichstarifvertrag für das Malergewerbe vom 15. November 1909 stellt allgemeine Grundsätze auf und überläßt die Regelung von Einzelheiten den Orts-Tarifämtern. In Köln konnte eine Einigung in drei Punkten nicht erzielt werden.

1. Arbeitszeit. Hier verlangten die Arbeitgeber für die Zeit vom 15. März bis 15. Oktober eine zweifelhändige Mittagspause; eine derartige Pause käme sowohl Arbeitgebern wie Arbeitnehmern zugute. Bei den weiteren Entfernungen kämen die Arbeitnehmer nach dem zu Hause eingenommenen Mittagsbrot abgeholt zur Arbeitsstelle und seien deshalb weniger leistungsfähig; den Arbeitgebern bliebe eine zu kurze Mittagspause, da die notwendige Kontrolle sie zwingt, die Pause abzukürzen. Die Arbeitnehmer machten demgegenüber geltend, daß dem Arbeitgeber die Kontrolle nicht erleichtert werde, er könne doch nur eine Stelle bei Arbeitsbeginn kontrollieren. Für größere Unternehmer sei die Venderung jedenfalls bedeutungslos. Für den Arbeitnehmer bedeute die Verlängerung das Gegenteil einer Wohlthat. Bei weiten Entfernungen gingen die meisten Arbeitnehmer auch die schon verheirateten, des Mittags nicht nach Hause, weil sie schon die 30 Pfg. tägliches Fahrgehalt nicht aufbringen könnten. Die Unverheirateten nahmen ihr Mittagsbrot meistens in Wirtschaften ein. Sie mühten sich nach Verlängerung der Pause also noch eine halbe Stunde länger in der Wirtschaft aufhalten. Dazu bestünde die zweifelhändige Pause nirgends, namentlich nicht im sonstigen Baugewerbe; aus naheliegenden Gründen sei aber eine Einheit der Arbeitszeit im gesamten Baugewerbe zu erstreben. Es wurde festgestellt, daß eine zweifelhändige Mittagspause nirgendwo eingeführt ist.

2. Nach dem Reichstarif sind zwei Lohnklassen gebildet, während hier jetzt drei Lohnklassen bestanden haben und zwar für

Arbeiter unter 20 Jahre 51 Pfg.,
Arbeiter über 20 Jahre 55 Pfg.,
selbständige Arbeiter 58 Pfg.

Es muß also eine Ueberführung in diese zwei Lohnklassen stattfinden. Die Arbeitgeber stellen nun eine Durchschnittsberechnung auf, indem sie die drei Lohnklassen addieren und hiervon das Mittel nehmen; sie sind bereit, hiernach für die zweite Lohnklasse 55 Pfg. zu gewähren, hierzu kämen die durch Berliner Schiedspruch 2 vom 8. Januar 1910 festgesetzten 2 Pfg., so daß insgesamt der für Lohnklasse 2 zu zahlende Stundenlohn auf 57 Pfg. zu bemessen wäre. Die Arbeitnehmer verlangen aber 58 1/2 Pfg. Sie machen geltend, daß die 1. Lohnklasse des bisherigen Tarifs bei der Lohnfestsetzung außer Betracht bleiben müsse. Für die Lohnklasse 2 kämen nur die bisherigen Lohnklassen 2 und 3 in Frage; hiervon das Mittel ergäbe

$$\frac{55 + 58}{2} = 56 \frac{1}{2} + 2 \text{ Pfg.} = 58 \frac{1}{2} \text{ Pfg.}$$

3. § 3, Abs. 10 und 11 des Reichstarifvertrags bestimmt:

„Nach allen Arbeitsstellen innerhalb des Tarifortes wird Fahrgehaltvergütung nicht gewährt. Ist der Weg nach der Arbeitsstelle außerhalb des Tarifortes durch die Eisenbahn zu benutzen, so wird das Fahrgehalt vergütet, wenn die der Arbeitsstelle nächstgelegene Bahnstation mehr als 5 km von dem der Werkstatt oder der Wohnung des Gehilfen zunächst gelegenen Bahnhof entfernt ist.“

§ 6 des alten Tarifs für Köln bestimmte:
„Bei Arbeiten außerhalb der Stadtgrenze Köln wird Fahrgehalt und Mittagessen vergütet.“

England und englische Verhältnisse.

Reise-Blaubereiten von A. B. T. H.

XIII.

London.

London ist ein Unfimt, ein kompletter Unfimt. Es fängt zehn Kilometer vor seinem Anfang an und hört zehn Kilometer hinter seinem Ende auf. Es hat überhaupt keinen Anfang und kein Ende. Und wo es zu Ende zu sein scheint, fängt immer wieder ein. Worvort an und hinter diesem ein anderer und dann immer wieder einer. London ist eine Erbscheibe für sich. Mit seinen 7 1/2 Millionen Einwohnern ist es so groß wie Berlin, Wien, Paris und Newyork zusammengenommen. Sein Straßennetz besteht aus 19 000 Streets, Roads, Lanes, Gades, Places, Markets, Squares, Gardens und wie die verschiedenen Arten von Straßen, Plätzen und Winkeln alle heißen. Berlin zählt etwa 1350 Straßen und Plätze, und mit allen Vorstädten und Vororten einschließlich Charlottenburg etwa 2500. Das Londoner Straßennetz besitzt eine Gesamtlänge von mehr als 11 500 Kilometern mit jetzt ziemlich 900 000 Häusern. Jedes Jahr kommen reichlich 45 Kilometer neue Straßen mit etwa 9000 Häusern hinzu. London mit den dicht sich anschließenden Vororten umfaßt den sechsten Teil der Gesamtbevölkerung von England, Schottland und Irland, also von ganz Großbritannien. Es hat allein so viele Einwohner, wie die nächsten 24 größten Städte des Landes zusammen, obwohl sich darunter Städte wie Glasgow und Liverpool befinden, von denen die erstere fast eine Million, die letztere drei Viertel Million Einwohner zählt. Berlin mit Vororten umfaßt nur etwa den fünfundzwanzigsten Teil der Bevölkerung Deutschlands und hat noch nicht so viele Einwohner, wie die fünf nächstgrößten deutschen Städte Hamburg, München, Dresden, Leipzig und Breslau zusammen. — London bedeckt eine Fläche von 700 englischen Quadratkilometern, das sind rund 1810 Quadratkilometer, während das ganze Altensburg nur 1328 Quadratkilometer umfaßt, die beiden Schwarzburg zusammen nur 1802, das Fürstentum Waldeck nur 1121, Schaumburg-Lippe und Lippe-Deilmold zusammen nur 1665 und die beiden Reich zusammen nur 1142 Quadratkilometer. Doch alle diese Vergleiche können kein klares Bild geben über die Unendlichkeit des Häusermeeres von Groß-London, dessen Ausdehnung von Ost nach West auf 35 Kilometer, und von Süd nach Nord auf 28 Kilometer angegeben wird. — Der Wasserverbrauch beziffert

sich auf täglich eine Million Kubikmeter, der Gasverbrauch auf durchschnittlich täglich drei Millionen Kubikmeter. Da London nach und nach aus verschlungenen früher selbständigen Bezirken zusammengesetzt worden ist und fast jeder Bezirk eine High Street (Hohestraße) besaß, deren Namen auch nach der Verschmelzung nicht geändert worden sind, so gibt es heute in London nicht weniger als 31 High Streets, zu denen sich noch drei High Roads gesellen. Zur Unterscheidung wird der Name des Bezirks hinzugefügt, so daß es eine High Street Barnes, eine High Street Clapham, eine High Street Hamstead, eine High Street Marylebone gibt und so ins Unendliche fort.

Welche Momente aus dem Leben und Treiben einer solchen Riesstadt, welche Gebäude, welche Straßenbilder, welche Einzelheiten aus dem Geschäftsleben, welchen Sonderzug aus dem Verkehrsleben soll man nun herausgreifen, um dem Leser ein anschauliches Bild über das Ganze zu zeichnen? Soll man von der Themse reden und ihren 26 Brücken, von denen die gewaltige Tower-Brücke allein 24 Millionen Mark kostete? Oder soll der Leser nach den riesigen Docks geführt werden, in denen die größten Segelschiffe aus aller Herren Länder ihren unerschöpflichen Bauch leeren und alle nur denkbaren tierischen, pflanzlichen oder mineralogischen Produkte auf den Weltmarkt werfen? Oder soll die Piccadilly Street, in der ein Klubhaus der Lords, der Finanz- und der Handelsaristokraten neben dem andern in gesättigtem Reichum sich erhebt, verglichen werden mit dem grauesten Glend in den verlorenen Gassen von Whitechapel (Weißschäpp), das sich hinter dem Tower an das Rheinsufer quetscht, als wolle es sich den Augen der forschenden Postknoten verbergen? Soll von der City geredet werden, in der das Leben der Siebenmillionenstadt sich konzentriert wie in einer elektrischen Zentrale die Kabelleitung für Abgabe von Licht und Kraft? Soll von der Wand von England erzählt werden, die nach außen kein einziges Fenster hat, in der oft über 500 Mill. Mark Gold daliegen, bei der Milliarden über Milliarden an Wertpapieren hinterlegt sind, die gegen 1000 Beamte beschäftigt und deren Grundfläche über 16 000 qm ausmacht? Oder wünscht der Leser vertraut gemacht zu sein mit den Untergrundbahnen, die jetzt das ganze innere London durchziehen, für deren Erbauer der Begriff „technisch unmöglich“ überhaupt nicht zu bestehen scheint, die in einer Tiefe bis zu über dreißig Meter unter der Themse hinweggeführt worden sind, die sich im Dunkel des Erdbenschloßes kreuzen, einander ausweichen,

über- und untereinander weglaufen und in denen man für einen Penny oder für zwei Pence (8 bzw. 16 Pfg.) Strecken durchfährt, zu deren Zurücklegung man als Fußgänger Stunden brauchen würde? Jetzt gibt es bereits neun Gesellschaften, die selbständige Untergrundbahnen in Betrieb haben. Oder soll von den Museen erzählt werden, deren es ein volles Viertelhundert gibt, und in denen England alle die wissenschaftlichen, künstlerischen und materiellen Schätze aufbewahrt hat, die in jahrhundertelangen Raubzügen aus allen Weltteilen zusammengeschoben worden sind? Wo soll man also zu schildern anfangen und wo aufhören? Es bleibt eben dabei: London ist ein Unfimt.

XIV.

Einzelbilder aus London.

Auß Geratewohl seien einige Sätze herausgegriffen.

Mitten in der Stadt dehnen sich Parks von überreicher Größe und Schönheit aus. So bedeckt der Hyde Park (Heid-Park) mit dem ihm angegliederten Kensington Park über 700 preußische Morgen, das sind nahezu 200 Hektar. Der Regent Park (Reichent Park) umfaßt 450 Morgen, der Battersea Park und der Hamstead Heath je 240 Morgen, der Victoria Park 300 Morgen; zwanzig andere Parks sind kleiner. Für gärtnerische Ausschmückung und für Erhaltung der Baumbestände werden große Summen aufgewendet. Weiße Rasenflächen dehnen sich zwischen schattenspendenden Baumgruppen und künstlichen Wasserbecken aus. Und diese Rasenflächen sind nicht nur zum Ansehen da, sondern man geht kreuz und quer darüber hin, lagert sich darauf; Kinder rennen und spielen; Familien breiten Klischee auf das Gras und ruhen Stundenlang gemühtlich aus. Ist dann eine Stelle zu arg mitgenommen worden, daß der Rasen vertrocknet, so läßt die Parkverwaltung das Fleckchen umgraben und neu bepflanzen. Ein kleines Täfelchen, in die Erde gesiekt, spricht die Bitte aus, diese Stelle bis auf weiteres nicht zu betreten, und niemand wird den Fuß darauf setzen, bis das Täfelchen verschwunden, der Rasen wieder tragfähig ist. Man wird auch nie sehen, daß Kinder oder erwachsene Zweige von den Sträuchern oder Bäumen oder gar Blumen aus den zahlreichen Baskets abreißen, obwohl nirgends nach deutschem Muster eine Warnungstafel „bis zu 30 Mark Geldstrafe oder entsprechender Haft“

Der Berliner Schiedsgericht 3 bestimmt: Die durch § 3 des Entwurfs eines Reichsarbeitsgesetzes eintretenden Ausfälle an Lohnzuschlägen und Fahrgeblühvergütungen werden dadurch ausgeglichen, daß erstens für Berlin eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pfg. und zweitens für alle anderen Lohngebiete, in denen solche Ausfälle festgestellt werden, eine sofortige Lohnerhöhung von 1 Pfg. eintritt."

Die Arbeitnehmer begehren mit der Behauptung, hier in Berlin seien solche Ausfälle festzustellen, eine weitere sofortige Lohnerhöhung von 1 Pfg. Die Arbeitgeber bestritten die Berechtigung dieser Forderung; Ausfälle seien jedenfalls nur in solch geringem Maße festzustellen, daß eine weitere Erhöhung nicht gerechtfertigt erscheine. Die Arbeitnehmer behaupten, auf das Maß der Ausfälle komme es nicht an. Jeder Ausfall rechtfertige die Erhöhung; dazu sei aber für alle Arbeitnehmer, die ihre Werkstätte oder Wohnung in der Nähe der Stadtgrenze hätten, der Ausfall durch die 5 km Beschränkung ein erheblicher; weiter sei noch die Eingemeindung von Stall und Bungalow in Betracht zu ziehen. Bei Arbeiter in diesen Orten sei früher Fahrvergütung anstandslos gewährt worden.

Gründe:

Eine Festsetzung der Mittagspause kann nicht zu den eigentlichen Aufgaben des Schiedsgerichts gezählt werden; solche Einrichtungen können nur auf beiderseitigem Einverständnis beruhen. Eine Einrichtung, die als Wohlthat für beide Teile gelten soll, kann nur diese Wirkung haben, wenn sie von beiden Seiten als Wohlthat empfunden wird. Die Arbeitnehmer leugnen aber eine derartige Wirkung für sich, sie machen im Gegenteil erhebliche Bedenken geltend, denen die Berechtigung nicht abzuschreiben ist. Von Bedeutung ist namentlich, daß die unverheirateten Arbeitnehmer, die nach der Annahme beider Teile ungefähr 50 Prozent ausmachen, gezwungen sind, die weitere halbe Stunde im Wirtschaftshaus oder in der feuchten Kasse zu verbringen. Wichtig ist auch, daß der Arbeitgeber eine schärfere Kontrolle durch die Zugabe der halben Stunde nicht erreichen wird, da es ihm nur möglich ist, an einer Stelle rechtzeitig zu erscheinen. Auf größere Unternehmer wirkt die Maßnahme also nicht. Es müssen dann wie bisher die Vertrauensleute die Kontrolle führen.

Ausschlaggebend war aber, daß nach Angabe beider Teile nirgendwo, namentlich nicht im Baugewerbe, die zweifelhafte Mittagspause eingeführt ist; da im Baugewerbe das natürliche Bestreben gilt, die Arbeitszeit einheitlich zu regeln, so wäre diesen berechtigten Bestrebungen wenig gedient, wenn weitere Verschiedenheiten, die namentlich auf die Auftragsgeber beschränkt wirken müssen, entstehen.

Bei dem zweiten Teile der Entscheidung folgten die Unparteilichen dem Vorschlage des Arbeitgebers Vertnam, der eine Entigung für die Streitpunkte 2 und 3 auf gemeinsamer Grundlage empfahl. Auf der einen Seite war nicht zu verkennen, daß die Berechnung, die die größere Folgerichtigkeit hat, für die Arbeitgeber einen erheblichen Mehraufwand bedeutet, auf der andern, daß auch einzelnen Arbeitnehmern durch den Wegfall der alten Tarifbestimmungen ein Ausfall droht. Wichtig ist, daß es nach dem Berliner Schiedsgericht auf das Maß des Ausfalls nicht ankommt; aber billigen Ermessens entspricht es nicht, allen eine Entschädigung zu gewähren, wenn dieser Ausfall nur einzelnen droht. Bei größeren Unternehmern würden manchmal nur wenige Arbeiter auswärts arbeiten, allen wäre aber der höhere Lohnsatz zu gewähren. Es war also richtig, die Arbeitnehmer durch Anerkennung ihrer Berechnung für diesen Ausfall zu entschädigen. Da sich ohne eine zuverlässige Statistik nicht übersehen läßt, ob dieser Ausfall so namhaft ist, wie die Arbeitnehmer behaupten, so behielten sich die Unparteilichen vor, diesen Spruch nach Ablauf eines Jahres einer nochmaligen Prüfung auf Grundlage

einer Statistik, die von beiden Seiten aufzustellen ist, zu unterziehen. Es würde dann eine Erhöhung nicht über 50 Pfg. in Frage kommen.

Der Schiedspruch wurde einstimmig gefaßt. Gez. Dr. Fuchs, gez. F. Damann, gez. Th. Bartels, Arbeitersekretär.

Im Dienste der Nation.

Der Wahlrechtskompromiß des Zentrums mit den Konservativen in Preußen, der die direkte und öffentliche Klassenwahl des Regierungsentwurfs ersetzt durch die indirekte geheime Urwahl nach Klassen mit öffentlicher Abstimmung der Wahlmänner, bedeutet eine so offene Verschlechterung der gegenwärtigen Verhältnisse der Wahlrechtsreform, daß die ärgsten Reaktionen sich vor Bergängen die Hände reiben, während die Wahlrechtsbewegung an Umfang und Leidenschaftlichkeit von Tag zu Tag zunimmt. Im „Tag“ kennzeichnet der konservativen Abg. u. Redakteur das Kompromiß als taktisches Meisterstück und als einen großen Wurf der konservativen Parteileitung und erklärt: „Die Wahl der Abgeordneten durch Wahlmänner in öffentlicher Abstimmung beugt einer Verschlechterung ihrer Wahlansichten vor. Unter diesem Gesichtspunkte ist unzweifelhaft für sie das Wahlkompromiß vorteilhafter als die öffentliche und direkte Wahl nach der Regierungsvorlage. Daß es trotzdem den Anschein einer weitgehenden Konzession hat als diese, wird gleichfalls als ein Vorteil anzusehen sein.“ So stellt sich der Wahlrechtskompromiß des Zentrums im Effekt dar als eine neue Stütze des junckerlich-agrarischen Uebergewichts im preussischen Landtage, als dauernde Verankerung der ärgsten Reaktionen. Nicht um eine Reform handelt es sich, die den Uebergang zum Reichstagswahlrecht anbahnt, sondern um eine Befestigung des Dreiklassenwahlrechts, das die Vermissten entrechtet. Denn jede wirkliche Wahlrechtsreform mußte gegen die Konservativen gemacht werden und konnte nur mit Hilfe der linken Parteien zustande kommen. Jeder Kompromiß mit den Konservativen besorgt die Geschäfte der Junker und verschlechtert die Aussichten der Reformbewegung. Das Zentrum hat sich mit dieser konservativen Verbildung als ein Feind der Wahlrechtsreform, als Anhänger des Dreiklassenwahlrechts entpuppt, — darüber helfen alle Versicherungen von praktischer Reformarbeit nicht hinweg.

Das Ergebnis dieses Wahlrechtschachers wird sein, daß die Arbeiter aufs neue um das gleiche und direkte Wahlrecht betrogen werden und daß selbst das als Scheinkonzession gewährte geheime Wahlrecht der Urwähler entwertet wird durch die öffentliche Abstimmung der Wahlmänner. Es werden alle Anoten derartig geschürzt werden, daß nur die reaktionären Parteien beim Wahlrechtserfolge haben. Ein Sechstel der Reichsten und Wohlhabendsten der Nation wird auch künftig die übrigen fünf Sechstel, die die Arbeit der Nation repräsentieren, entrichten und beherrschen. Das ist das Los der Arbeit, — jene gottgegebene Abhängigkeit, aus der sich, wie Herr v. Westmann Holweg in seiner Abgeordnetenhausrede erklärte, unter ganzem Leben zusammenfassen — das wird ihr Los bleiben, so lange die Nation der Arbeit sich nicht auf ihre Würde und Rechte bekennt und die Nation des Besitzes in die ihr nach Zahl und Verdienst gebührende Stellung zurückweist.

Was leistet die entrechtete Arbeit im Dienste der Nation und was leistet der Besitz? Das ist die Frage, die sich jedes in diesem Wahlrechtskampfe, angesichts der von Konservativen und Zentrum verteiligten Privilegien des Besitzes aufdrängt. Sind die Arbeiter, die Angestellten, die Kleinhandwerker und Kleinbauern wirklich nicht wert, gleichberechtigt im Staatswesen mitzuwirken, bloß weil sie weniger Steuern zahlen? Wer ist es denn anders, als die Nation der Arbeit, die den Klassen des Besitzes ihren Mammon schafft! Von

1900 bis 1908 hat in Preußen das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen sich von 63,8 auf 91,6 Milliarden Mark, also um 27,8 Milliarden Mark vermehrt. Diese kolossale Steigerung, von der 20,2 Milliarden Mark auf die Städte und nur 7,6 Milliarden auf das Land entfallen, ist in erster Linie der industriellen Arbeit zu danken, die die Grundlage des Nationalwohlstandes ist. Woher diese bedeutende Steigerung sich erklärt, zeigen uns die Ziffern der gewerblichen Lohnstatistik der Unfallberufsgenossenschaften. Von 1900 bis 1908 stieg der Durchschnittslohn der Vollarbeiter von 896,59 Mk. auf 1073,59 Mark oder um 19,7 Prozent. In der gleichen Zeit hob sich das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen von 70 042 auf 91 653 Milliarden Mark oder um 30,9 Prozent. Die Steigerung der Lohnsumme der Arbeit blieb um ein volles Drittel hinter der Zunahme der ergänzungssteuerpflichtigen Vermögen zurück, d. h. die Arbeiterklasse hat nicht in gleichem Maße an der Steigerung des Nationalwohlstandes Anteil nehmen können, wie die besitzenden Klassen, die den Löwenanteil der Gewinne des Wirtschaftsaufschwunges an sich rissen. Dafür durfte indes die Arbeiterklasse die Opfer des Wirtschaftskampfes in vollem Umfange auf sich nehmen. Die Opfer der Besitzenden wiegen gering. Es finden wohl Vermögensverschiebungen zwischen den einzelnen Personen statt, — aber die Klasse der Unternehmer als solche bringt keine Opfer, — sie heimt nur die Gewinne der Volkswirtschaft ein. Den Arbeitern dagegen birbt die nationale Wirtschaft gewaltige Opfer an Leben und Gesundheit, sowie Entbehrungen auf, — Opfer, die alles übersteigen, was die Nation jemals von ihrer Gesamtheit oder einer Klasse gefordert.

Der deutsch-französische Krieg kostete dem deutschen Volke 40 000 Tote und 129 000 Verwundete, — ein Opfer, das der nationalen Sache gebracht wurde ohne Unterchied der Bevölkerungsklassen und das allein schon ausreichen sollte, alle Klassenunterschiede im politischen Staatsleben zu beseitigen. Aber das Jahr 1908 brachte der deutschen Arbeiterklasse auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld allein 66 232 Verletzte, davon 9 856 Tote und 142 965 Schwerverwundete, die länger als 18 Wochen erwerbsunfähig waren. 1160 bleiben zeitweilig völlig erwerbsunfähig, also Krüppel im vollsten Sinne des Wortes; 57 410 wurden zu teilweisen Invaliden, während 74 539 nach vorübergehender Erwerbsunfähigkeit wiederhergestellt wurden. Ein einziges Wirtschaftsjahr liefert mehr als fünfmal so viel Verwundete, 5 Jahre ebenso viel Tote, wie der an Opfern so reiche Krieg 1870/71! Seit dem Jahre 1886, seit Bestehen der deutschen Unfallstatistik, bis 1908, also in 23 Jahren, hat Deutschlands Arbeiterklasse 8 1/2 Millionen neuen Unfälle, darunter 2 Millionen schwere und 163 000 tödliche Verletzungen auf sich nehmen müssen, und nur der kleinste Teil dieses Unglücks ist ihr durch die Unfallversicherung entschädigt worden. Seit 1895 sind für Unfallentschädigungen 1,4 Milliarden Mark aufgewendet — in derselben Zeit stieg das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen allein in Preußen um 27,8 Milliarden Mark! Auf jeden Unfallrentner entfiel im Jahre 1908 eine Entschädigung von 210,44 Mark, — das steuerpflichtige Vermögen jedes Zensiten in Preußen wuchs von 1907 auf 1908 allein um das Sechsfache, um 1247 Mark (von 59 761 auf 60 998 Mark)! Hier steigen die Opfer, — dort steigen die Reichtümer! Und die Vertreter der Reichstümer sollen für alle Zukunft privilegiert sein, Preußen zu regieren, — die Repräsentanten der opfervollen Arbeit in alle Ewigkeit verdammt, entrechtet zu sein.

Aber die Unfallstatistik erschöpft bei weitem nicht die Opfer der Arbeit. Die deutsche Krankenversicherung zählte im Jahre 1908 allein 5,2 Millionen erkrankter Arbeiter mit 103,9 Millionen unterstützten Krankentagen und 85 594 Sterbefällen. Die Krankentagen entschädigen in der Regel nur die Hälfte des entgangenen Arbeitsverdienstes. Ein großer Teil dieser Erkrankungen steht mit der Erwerbsarbeit in ursäch-

das Abreißen verbietet. Der Engländer ist im Freien dressiert und bedarf solcher Schreckmittel nicht.

Mitten in den Parks werden Schaffherden; niemand belästigt sie; auch die wildesten Kangas benehmen sich anständig. Von 7—8 Uhr früh und von 8—9 Uhr abends ist das Baden in der Nähe der Brücke, die über den großen Teich im Hyde Park führt, gestattet. Niemand nimmt daran Anstoß. Die Parks von London sind die großen Luftbeden, die den Gesundheitszustand der riesigen Stadt außerordentlich günstig beeinflussen. — Spielplätze für Kinder sind in ungezählter Menge über die ganze Stadt verstreut.

Von den Denkmälern fängt man lieber gar nicht erst an. Denn wollte man auch nur die hervorragenden nennen, so würde man kaum fertig. Nur das eine fällt auf, daß nämlich den militärischen Größen bei weitem nicht der Vorzug gegeben ist, der in Berlin so unheimlich auffällt. Die Nelson, Wellington, Roberts und andere haben natürlich ihr Standbild oder ihre Denkmäule; aber die Staatsmänner, Gelehrten, Künstler, Forschungsreisenden, Volksmänner und Dichter überwiegen doch bedeutend. Ein Beispiel: An der Nordseite des Hyde Park steht das Albert-Denkmal. Albert war der Mann der Königin Viktoria. Das Denkmal kostete 2 1/2 Millionen Mark und ist mit verschwenderischer Pracht ausgestattet. Am Unterbau ziehen sich auf den vier Seiten, in Erz gegossen, im Halbkreis Darstellungen der berühmtesten Dichter und Musiker, Maler, Baumeister, Bildhauer, Philosophen und Gelehrten aller Zeiten hin; insgesamt sind es 178 Gestalten. Aber vergewissert man darunter einen einzigen Vertreter der Kriegskunst? Die Engländer sind eben doch ein noch ziemlich wildes Volk.

In seinen heiligsten Gefühlen verletzt würde sich ein deutscher Patriot fühlen, wenn er dem Exzerzieren englischer Soldaten und dem Verhalten des Publikums dabei zusähe. England kennt bekanntlich nicht die allgemeine Wehrpflicht, sondern muß sein stehendes Heer durch Anwerbung zusammenziehen. Überall sind Werbe-Bureaus, in denen sich jeder melden kann, der keine Lust oder keine Gelegenheit findet, sich durch ehrliche Arbeit zu ernähren. Die Anwerbung erfolgt jedesmal auf die Dauer von zwei Jahren. Die Exzerzieren finden auf freien Plätzen statt, auch im Hyde Park, nicht, wie in Deutschland, auf hochummauerten Kasernenhöfen. In aller Gemütsruhe laufen da die Zivilisten zwischen dem kommandierenden Offizier und der exzerzierenden Abteilung hin und her; oder sie lagern sich dicht daneben

ins Gras und geben ihre mehr oder weniger sachmännischen Urteile über Güte und Zweckmäßigkeit der Exzerzieren ab. Darin findet niemand etwas Ungehöriges, auch der Offizier nicht. Es geht familiär zu. Die in Deutschland üblichen zarten „Nachhilfen“ in Gestalt von Pflöcken, Schlägen mit der Säbelscheide, sind unbekannt, wie denn Soldatenschindereien in Art und Umfang der deutschen einfach undenkbar sind. Der Engländer, der zum ersten Male über die in Deutschland alltäglichen Kasernengreuel hört, hält dieselben für Erfindungen; er will nicht an die Tatsächlichkeit glauben. — In der unmittelbaren Umgebung des Waddingham Place, des königlichen Schlosses, liegen zwar acht Regimenter — besser ist besser, denkt offenbar Eduard VII. — aber sonst verschwindet das Militär im Straßenbilde von London völlig. Daß die Soldaten außer Dienst ebensowenig ein Seltengewehr tragen dürfen wie der Polizeiman im Dienst, ist bereits früher hervorgehoben worden.

Ein furchtbarer Brand hat London im Jahre 1666 zum größten Teil vernichtet. Zur Erinnerung daran erhebt sich unsern vom Tower, nahe der Themse, eine 202 Fuß hohe Säule, zu deren Galerie im Innern eine Wendeltreppe von 345 Stufen führt. Der Blick von oben aus auf London erschädigt für die Kräfte. Wie Ameisen wimmeln da unten auf der nahegelegenen London Bridge und auf den Straßen die Menschen herum, und trotz erhebt sich nebenan der massige Quaderbau des Tower. Der Tower (Turm), dieser Schrecken vieler Jahrhunderte, ist der Schauplatz endloser Verbrechen der Regierungen gewesen. Hier wurden Könige und Königinnen enthauptet, Gläublinge ermordet und widerspenstige Bürger eingekerkert. Der eine Teil heißt heute noch der „blutige Tower“. Waffensammlungen und der sorgsam gehütete Kronschatz werden heute dort aufbewahrt.

Ich wohnte einer Parlamentsitzung bei und traute meinen Augen nicht, als ich sah, daß ein Abgeordneter auf der untersten Bankreihe — die Stige bilden nicht, wie im Reichstage, ein Halbrund, sondern steigen links und rechts in parallelen Reihen amphitheatralisch auf — seine beiden Beine gemächlich auf den Tisch des Hovues legte, während sehr Rücken an der Lehne der Stühler ruhie. Er vertiefte sich, während ihm gegenüber der Premierminister Asquith sprach, in eine der Hochplattgroßen Londoner Zeitungen, aus der nur der Zylinder, den er aufbehalten hatte, hervorkragte, so daß man von

der ganzen Gestalt nur die auf dem Tisch geschobenen Beine, den schwarzen Zylinder und den an die Banklehne gepreßten Rücken sah.

Von dem Wagenverkehr auf den Hauptstraßen der inneren Stadt kann sich nur der eine Vorstellung machen, der es gesehen hat. Wie diese Zehntausende von Motowagen, Bussfahrwerken, Handlaren, Equipagen, Koffelwagen usw. sich an-, neben- und durcheinander vorbeischieben, ohne daß es jeden Augenblick zu einem Maderabadtsch kommt, ist allen ein Rätsel, die nicht die verwegene Geschicklichkeit der Londoner Kutscher, Chauffeure und Wagenführer kennen. In der Cheapside, der Hauptstraße der inneren City, ist es ab und zu einfach unmöglich, den Straßenrand zu überschreiten; nur die Zeitungsjungen waden sich da auch noch durch, ohne gerädert zu werden. Doch ein einziger Wink, den der Policeman wortlos mit der hochgehobenen Hand gibt, genügt, auf einen Knack das wirre Treiben zum augenblicklichen Stillstand zu bringen.

Der Treffpunkt für die deutschen Genossen ist der kommunistische Workman Club in der Charlotte Street. Dem Club gehören etwa 700 Mitglieder an. Im Erdgeschoss ist das Restaurant, in dem es billige Speisen und billiges echt bayrisches Bier gibt (Dreizehntel-Liter) für 34 Pfg.). Auch ein kleiner Saal für etwa 250 Personen ist da. In den oberen Stockwerken befinden sich der Lesesaal und kleine Gewerkschaftszimmer.

Abends auf die Bahn. In der Nacht über den Kanal. Früh 5 Uhr in Wilsingen. Vormittags mit dem Schnellzug durch Holland. Die deutsche Grenze war überflogen. Auf der ersten Station stieg ein Mann aus meinem Kupe einmal aus. Eben als der Schaffner die Tür schließen wollte, stieg er wieder ein. Nicht um den Bruchteil einer Sekunde verzögerte sich das Schließen. Trotzdem kriegte der Fahrgast seinen gehörigen Anschauung. Heil! Heil! Ich war wieder in Deutschland! Der Himmel erhalte die fromme Kinderkabe Deutschland noch recht lange so, wie sie ist, sich selbst, den verehrlichen Regierungen und den getreuen Unterthanen zu Ruh und Frommen. In Ewigkeit, Amen.

Nachdem Zusammenhang, das haben die deutschen Krankentassenkongresse wiederholt bekräftigt. Von 1885-1908, in 24 Jahren, betrug die Zahl der Erkrankungsfälle 74,5 Millionen, die der Erkrankungsstage 1343,9 Millionen, die der Sterbefälle nahezu 1 1/2 Millionen. Wohlgeachtet, hier handelt es sich um die Rassenmitglieder selbst, also um Erwerbstätige im Dienste der nationalen Wirtschaftswelt.

Und hinzu treten weiter die Opfer der Invalidi- und Invalidenrente. Im Jahre 1908 wurden insgesamt 139789 Renten anerkannt, — die Zahl der abgelehnten Renten- anträge dürfte nicht viel kleiner sein! Von 1891-1908 sind nahezu 22 Millionen Invaliden-, Alters- und Krankenrenten anerkannt worden, im Jahresdurchschnitt über 120 000. Die Zahl wäre bei weitem größer (1903 waren es circa 175 000), wenn nicht seit Jahren auf eine Ersparnis an Renten hingearbeitet worden wäre.

662321 Verunglückte, 139789 Invalide und 6,2 Millionen Erkrankte, das sind die Opfer der Arbeiterklasse in einem einzigen Wirtschaftsjahr (1908)! Was wegen die Opfer eines Kriegsjahres, und mag der Krieg noch so grausig gewesen sein, gegen die Unsummen von Leiden und Unglück, die der Wirtschaftskampf der Nation seiner Arbeiterklasse auferlegt. Es ehrt das Reich, daß es durch Einführung der Arbeiterversicherung seine allernächste Pflicht gegen die Arbeiter wenigstens teilweise erfüllt. Aber sind die Arbeiter, die Leben und Gesundheit tagtäglich zur höheren Ehre der Nation in die Schanze schlagen, weniger würdig, mitzuraten in der Volkserrettung, als die Besitzenden, die kein Opfer trifft und die lediglich Gewinne aus der Arbeit anderer einheimen? Sind die Arbeiter weniger würdig als die Einjährigfreiwilligen und Militärärzter, denen der Regierungsentwurf ein gehobenes Wahlrecht zuerkam?

Und noch immer sind die Opfer der Arbeit nicht erschöpft. Zu den Erwerbslosen kommt noch das große Heer der Arbeitslosen, denen die nationale Wirtschaftswelt immense Verluste an Erwerbseinkommen aufnötigt. Eine Reichsarbeitslosenzählung vom Jahre 1895 ergab an einem Dezembertage 553 000 Arbeitslose — es war ein Jahr des beginnenden Wirtschaftsaufschwunges und ein Tag mittlerer Arbeitslosigkeit. Das Krisenjahr 1907 dürfte reichlich den doppelten Tagesbestand an Arbeitslosen ergeben haben. Die Summen, die die deutschen Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung verausgabten (1908: 93 Millionen Mark), geben nur einen schwachen Begriff dieser Opfer; es waren die Summen, die die Arbeiterklasse aus eigenen Mitteln aufbrachte, um die Opfer der Arbeitslosigkeit wenigstens nicht ganz im Elend verfallen zu lassen. Wer zählt die Opfer, die nicht unterstützt werden konnten, — wer die Tränen, die ungefüllt blieben, die Klagen, die niemand hörte?

Und während die Arbeiterklasse Tag für Tag und Jahr um Jahr Gut und Blut im Dienste der Nation opfert, während ihr Ruf nach Gleichberechtigung ungehört verhallt, wächst der Nationalreiz zu uns riesenhaft und die Besten der Nation ihren hochtönend die Tür der Gesetzgebung vor der Nase zu. Wer will es ihnen, den Entrechteten, den wirklichen Schöpfern aller Werte, den eigentlichen Trägern des Staatswesens, verdienen, wenn sie ungehörig an den Parlamentarier rütteln und die öffentliche Meinung wachrufen, um gleiches Recht für alle im Lande durchzusetzen? Man unterschätze nicht die Wirkung dieses Appells an das Volksgewissen! Es gibt keine Macht, die einem Volke widerstehen könnte, das kategorisch sein Recht verlangt. Die preussische Wahlrechtsbewegung repräsentiert bereits die Mehrheit des preussischen Volkes, — sie ist der wahre Repräsentant der Nation. Sie wird nicht ruhen und rasten, ehe nicht die Gleichberechtigung aller Staatsbürger anerkannt und das Klassenwahlrecht beseitigt ist!

Lohnbewegung.

Werkstättenperre.

Worms. Die über die Firma Möter von dem Ortsarbitrar auf Grund des § 10 des Reichstarifs verhängte Sperre ist aufgehoben.

Ladierer.

München. Den Reigen der Lohn- und Tariffämpfe im Wagenbauwerk für das Jahr 1910 eröffnete hier die Arbeiterchaft der Zugstarosserie-fabrik Gebr. Weisbarth. Am 26. Januar wurde in vollzähliger Fabrikversammlung beschlossen, den am 1. März ablaufenden Tarif zu kündigen. Am 1. Februar wurde der Firma und zugleich dem Einigungsamt am Gewerbeamt die Kündigung mit dem neuen Tarifvertrag eingereicht. Die Firma weigerte sich jedoch, vor Anfang März in Unterhandlungen einzutreten.

Zum Besseren Verständnis muß hier beigefügt werden, daß der Tarif der übrigen sechs Wagenfabriken am 1. Mai abläuft und am 1. März zu kündigen war, was auch geschehen ist.

Am 5. März fanden sich die beiden Parteien vor dem Einigungsamt ein, wobei die Firmeninhaber bekannt gaben, daß sie sich mit den übrigen Wagenfabriken solidarisch erklären und keinen eigenen Tarif mehr abschließen. Trotzdem seitens der Gewerkschaftsvorstände darauf hingewiesen wurde, daß die Firma sich ins eigene Fleisch schneide und von den übrigen Fabrikanten eingeseilt wurde, um für diese die Kasantien aus dem Feuer zu holen, war nur das Versprechen zu erhalten, am Montag den 7. März in Gemeinschaft mit den übrigen Fabrikanten weiter zu verhandeln. Zu dieser Sitzung fand sich auch der Syndikus des Industriesverbandes Dr. Hublo ein. Da jedoch das neue Tarifmuster für die übrigen Wagenfabriken noch nicht eingereicht war, so zerschlugen sich die Verhandlungen nach kurzer Beratung, da die Herren Weisbarth darauf nicht waren, nur einen gemeinsamen Tarif abzuschließen. Es kam, was kommen mußte. Am Abend desselben Tages tagte eine vollzählige besuchte Fabrikversammlung, die mit 38 gegen 6 Stimmen beschloß, die Arbeit niederzulegen. Wir waren also gezwungen, trotz zugesagter Lohnerhöhung, den Streik zu erklären, um den Kollegen der andren Fabriken, die im Lohn noch niedriger stehen, den Kampf zu erleichtern.

Streikbrecher sind im ganzen Betrieb nur drei zu verzeichnen und zwar ein Mechaniker, ein Sattler und ein Ladierer, die das Kraut aber auch nicht fett machen. Die Stimmung unter den Streikenden ist vorzüglich. Ein halbes Duzend ist abgereift. Einige hatten ein großes Gefreit, bis sie ihre Karten erhielten, trotzdem der Geschäftsführer vorher sagte: „Es kommt keiner mehr herein!“ Andre wollten sich anderweitig plazieren, jedoch übt die Firma Weisbarth einen solchen Druck auf alle diesbezüglichen Geschäfte aus, daß wir tatsächlich gezwungen sind, ebenso vorzugehen.

Im übrigen sind wir der festen Zuversicht, siegreich aus diesem Kampfe hervorzugehen und ersuchen die Kollegen allerorts, den Zugzug von Auto monteurern, Mechanikern, Schmiedern, Wagnern, Ladierern und Sattlern fernzuhalten.

6. Bezirk.

In Mülhausen i. G. haben die Kollegen infolge der kündigung der Unternehmer, die am 2. Februar d. J. begonnenen britischen Verhandlungen weiterzuführen und die Bedingungen des Reichstarifs anzuerkennen, mit Einstimmigkeit den Streik beschlossen. Zugzug ist fernzuhalten!

Baden-Baden. Hier wurde mit den Arbeitgebern, die bekanntlich im letzten Jahre wegen Nichtanerkennung einer Gutarbeitsbestimmung aus dem Arbeitgeberverband ausgeschlossen wurden, ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. pro Stunde bringt. Noch im Februar des Jahres 1908 wurden hier 40 bis höchstens 42 Pfg. im Durchschnitt bezahlt. Nach dem jetzigen Tarif ist der festgelegte Lohn für Gehilfen unter 20 Jahre 45 und für Gehilfen über 20 Jahre 49 Pfg., ab 1. Januar 1911 46 und 50 Pfg. Wenn man dabei noch berücksichtigt, daß die Organisation keine gute ist und daß gerade der größte Teil der am Plage anhängigen Gehilfen der Organisation fernsteht, können wir mit dem Erreichten zufrieden sein. Hoffentlich lernen nur die uns heute noch fernstehenden Kollegen auch erkennen, daß nur durch den Zusammenschluß in der Organisation eine wirkliche Verbesserung herbeigeführt werden kann.

6. Bezirk. Zur Tariffbewegung.

Eine Erledigung der britischen Angelegenheiten ist an keinem Orte bisher möglich gewesen; die Meister versuchen, den klaren Wortlaut der Schiedssprüche, vor allem in der Lohnfrage, auf die unglücklichste Weise zu verballhornen und mit immer neuen, mehr und mehr komisch wirkenden Behauptungen die Vertragsbestimmungen zu umgehen. Dabei wird natürlich auf die Unkenntnis der Nachgabigkeit unserer Kollegen gerechnet; schlagen diese Spekulationen dann fehl, wird einfach gar nichts mehr getan. Diese Taktik einiger Ortsgruppen des S. d. N. L. W. hat an einem Orte bereits zu schweren Differenzen geführt.

In Mülhausen i. G. wurde am 2. Februar im Beisein des Landesverbandsvorsitzenden Schmidt-Sträßburg und der gesamten organisierten Meister der Gewerbe-gerechtigten als Unparteilicher bestimmt und weiter beschlossen, nachdem sich die Meister für Anerkennung des Reichstarifs erklärt hatten, in der vorgeschriebenen Form die Grundlöhne zu ermitteln. Ein Gesuch von unserer Seite am 21. Februar wegen Übernahme des Vorsitzes in Ortsarbitrarium an den Gewerbegerichtsvorsitzenden blieb ohne Resultat, da nach dessen Mitteilung von Meistersseite noch nichts unternommen wurde. Auf eine Anfrage an den Herrn Obermeister am 16. Februar hatten wir am 21. Februar folgendes Schreiben erhalten:

In Antwort Ihres werten Schreibens vom 16. d. M. können wir mitteilen, daß in unserer letzten Versammlung vom 9. d. beschlossen wurde, den in Berlin abgeschlossenen Reichstarif endgültig in Zukunft anzuerkennen. Dem Verlangen jedoch, wöchentlich, am Freitag, die Arbeiter auszubezahlen, ist wichtiger Umstände halber einstimmig abgelehnt worden. Auf Wunsch der Gehilfen sind wir wie bis jetzt bereit, Vorschüsse in ungefährer Höhe des Wochenlohnes auszubezahlen. Betreffs des städtischen Arbeitsnachweises hat jeder Meister frei, bei Bedarf von Gehilfen dieselben nach seinem Belieben einzustellen. Ferner erkennen wir den Minimallohn von 44 Pfg. pro Stunde an und je nach Leistung mehr. Wir machen Sie aufmerksam, daß wir schon mehrmals unsere Kollegen zu den Versammlungen eingeladen haben, aber leider ohne Erfolg. Hochachtung Schriftführer.

Am 7. März, also nach fünf Wochen endlich, fand eine weitere Verhandlung statt, zu welcher „familiäre“ 15 organisierten und auch einige nicht organisierte Meister geladen worden waren. Wer aber erwartet hatte, daß diese Verhandlung sich nunmehr auf den Boden des Reichstarifs stellen würde, wie zuvor einleitend Herr Schmidt-Sträßburg ausführte, wurde bitter getäuscht. Es wurde wieder zu „handeln“ versucht und schließlich ein Angebot von 42 und 48 Pfg. Lohn gemacht. Da nun in dieser Versammlung der Herr Obermeister nochmals abstimmen ließ, wer den Reichstarif annehmen wolle, wobei etwa zwei Drittel der Anwesenden dafür stimmte, weiterhin die Erklärung abgegeben wurde, daß eine vorgeschrittmäßige Erledigung der Streitigkeiten infolge Nichterabgabe der Lohnblätter überhaupt nicht mehr möglich sei, waren unsere Kollegen des nützigen Geredes müde. Am gleichen Abend wurde in einer Mitglieder-versammlung ein stimmig der Streik beschlossen. Auch heute, nach achtstägigem Kampfe, an welchem 185 Kollegen beteiligt sind, ist seitens der Meister nichts zur Erreichung eines Ortsarbitrars geschahen, ebensowenig natürlich zur Ermittlung der Grundlöhne; vielmehr ging am 11. März ein weiteres Schreiben ein des Inhalts: „Wir machen Ihnen bekannt, daß in der Meister-versammlung vom 10. März beschlossen wurde, das Angebot vom 7. d. M. aufrecht zu erhalten.“ Inzwischen haben wir für unsern Tarifvertrag schon 17 Unterschriften erhalten, während der Arbeitgeberverband nur 15 Mitglieder zählt.

Eine Vorberatung der Leistung fand bereits für Baden und Württemberg statt, eine Einigung in dieser Frage scheint nur für das erstere Gebiet möglich.

Noch fehlt es in fast allen Orten an der Durchführung der allgemeinen Lohnerhöhung; hier muß seitens der Kollegen mit Entschiedenheit nunmehr vorgegangen werden.

Aus unserem Berufe.

Der sanitäre Arbeiterschutz im Maser-, Ladierer- und Anstreichergewerbe 1908. Revisionsstätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten.

Bundesstaaten bzw. Landesstelle	Zahl der Maser-, Ladierer- und Anstreicher-Werkstellen		Revisionen
	revisionspflichtig	revidiert	
Breukelen	12934	909	943
Bayern	2697	439	443
Sachsen	1913	51	54
Württemberg	952	687	695
Baden	970	29	80
Hessen	1135	908	1103
Mecklenburg-Schwerin	296	242	242
Sachsen-Weimar	136	3	3
Mecklenburg-Strelitz	42	42	42
Oldenburg	153	1	1
Braunschweig	219	1	1
Sachsen-Meiningen	249	4	4
Sachsen-Altenburg	174	14	14
Sachsen-Coburg-Gotha	231	—	—
Anhalt	78	1	1
Schwarzburg-Sondershausen	79	2	2
Schwarzburg-Rudolstadt	40	—	—
Waldeck	32	—	—
Neuß ältere Linie	—	—	—
Neuß jüngere Linie	71	12	12
Schaumburg-Lippe	21	—	—
Lippe	66	7	7
Westfalen	48	12	12
Bremen	376	—	—
Hamburg	726	5	5
Sachsen-Lothringen	453	43	48

Deutsches Reich 24095 3412 3662

Von 24 095 Werkstellen sind demnach nur 3 412 oder 14,1 Prozent revidiert worden. Der Prozentsatz würde ein noch geringerer sein, wenn alle revisionspflichtigen Werkstellen infolge Gewerbes mit einbegriffen wären, da nach der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 51 118 Hauptbetriebe vorhanden waren, von denen 32 073 mehrere Personen beschäftigt waren. Das zeigt zur Genüge, daß die Bundesratsbestimmungen gegen die Gefahren der Meifarbenverwendung lediglich auf dem Papier stehen und in der Praxis, wie wir so oft nachgewiesen haben, völlig versagen. Bevor die Regierung nicht dazu übergeht, aus den Kreisen der Arbeiter selbst sachkundige Kontrolloren zu ernennen, wird von einem wirklichen Arbeiterschutz keine Rede sein können. Selbstverständlich halten wir an unserer Forderung fest: Gesetzliches Verbot der Verwendung aller Meifarben.

Jahresbericht der Filiale Hannover.

Das Geschäftsjahr 1909 kann als das bedeutungsvollste seit dem Währungswechsel bezeichnet werden: als Jubiläumsjahr, Krisen- und Kampfsjahr zugleich. Während im engeren Baugewerbe eine Aufwärtsbewegung in bezug auf die Konjunktur in die Erscheinung trat, erreichte die Wirtschaftskrise, die sich naturgemäß im Maserergewerbe später einstellt und demzufolge auch länger anhält, in der ersten Hälfte des Jahres ihren schlimmsten Stand. Am ungünstigsten war das erste Quartal. Die Arbeit setzte sehr spät ein und die Arbeitslosigkeit hielt das ganze Jahr, selbst während der Ziehlzeit an. Zu dieser wirtschaftlichen Depression brachte die Finanzreform erhebliche Erhöhung der Lebensmittelpreise, die für Hannover nach Calwer für eine Allpflige Familie 3,96 Mk. pro Woche beträgt. Dadurch, daß das Wirtschaftsleben eines Gewerbes durch so erhebliche Erhöhung der Nahrungsmittelpreise und vermehrte Arbeitslosigkeit ungünstig beeinflusst wurde, war die Situation, in die die Organisation durch den Ablauf aller Tarifverträge am 31. Dezember gebrängt war, um so enger.

Außerordentlich hohe Aufgaben und Anforderungen stellte das verfloffene Jahr an die Organisationsleitung. Infolge der allgemeinen Lohnbewegung mußte die Agitation mit allen verfügbaren Kräften und Mitteln geführt werden, um wohlgerüstet und aktionsfähig bereit zu stehen. In der Bahnhofsstraße in d. W. konnte am 30. April ein Tarif abgeschlossen werden mit 44 Pfg. Stundenlohn für Gehilfen über 20 Jahre und 40 1/2 Pfg. für Gehilfen unter 20 Jahre, mit einer Verkürzung der Arbeitszeit von 1 Stunde wöchentlich; in der Bahnhofsstraße in d. W. konnte noch am 14. Juni ein Tarif mit 45 Pfg. und 40 Pfg. Stundenlohn und einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden täglich mit den Arbeitgebern vereinbart werden.

Als Zahlstellen gehörten am Jahreschluss der Filiale an: Hildesburg, Einbeck, Hameln, Lehrte, Mirzen i. W., Nienburg, Deynhausen, Peine, Pyrmont, Walsrode und Wunstorf. Die Zahlstellen in Hildesburg und Lehrte wurden neu gegründet, wogegen sich die Walfelder wegen Interesslosigkeit der dortigen Kollegen wieder auflöste.

Lohnsätze bestehen in Hameln, Nienburg, Minden, Deynhausen und Pyrmont.

Die Agitation wurde im Frühjahr mit Bezirksversammlungen eingeleitet. Leider ließ hier die Beteiligung der Kollegenschaft zu wünschen übrig. Eine planmäßige Hausagitation folgte und brachte die meisten Erfolge. Hingegen ließ die Werkstellenagitation im allgemeinen infolge des ständigen Angebots von Arbeitskräften und damit verbundenen wirtschaftlichen Ubergewichts der Arbeitgeber wieder zu wünschen übrig.

Zur Aufklärung über die eingeführte Arbeitslosenunterstützung und zur Agitation wurden außer den Schriften der Zentralverwaltung noch zwei Flugblätter von der Filialverwaltung und eine Agitationsbroschüre herausgegeben.

Zur Einleitung der Agitation in den Zahlstellen fand am 21. März eine Zahlstellen-Konferenz statt, der dann noch eine Anzahl Hausagitationen in den einzelnen Orten folgten.

Mit gutem Erfolg wurde auch eine rege Agitation unter den in Fabriken und Ladierereien beschäftigten Kollegen, im wesentlichen von der Sektionsleitung, betrieben.

Konnten die schon im Jahre vorher angebrohten Allordlohnabzüge abgewehrt werden, so war das im laufenden Geschäftsjahr nicht immer möglich. In der

Waggonfabrik sollten von dem Akkordpreis IV. Klasse- wagen 6 Mk. abgezogen werden. Durch energisches Ein- greifen einiger Kollegen wurde der angebotene Abzug auf 1 Mk. reduziert. Durch die fortgesetzte Agitations- arbeit ist auch eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleineren Lackereien eingetreten. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Lackerei- branche ist eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft. Leider sind auch im vorigen Jahre aus Grün- den, die wir nicht anerkennen dürfen, unter Umgehung der Bestimmung über Grenzzeitigkeiten, Uebertritte bezw. Eintritte in den Metallarbeiterverband vorge- kommen.

Zur Erledigung der gesamten geschäftlichen Ange- legenheiten waren 198 Veranstaltungen nötig. In den Zahlstellen wurden 17 Hausagitationen, 26 Versamm- lungen und Besprechungen, in den umliegenden Filialen 7 Versammlungen abgehalten.

In Postfächern gingen ein u. a. 681 Karten, 389 Briefe, 63 Geschäftspapiere, 229 Anweisungen, 322 Paete- te, 1159 Drucksachen. Abgesandt wurden 612 Karten, 482 Briefe, 278 Geschäftspapiere, 62 Paete, 74 Nach- nahmen, 18 Anweisungen und 6219 Drucksachen.

Die Mitgliederbewegung weist eine weitere Stabi- lität auf, dagegen ist die starke Fluktuation die alle ge- hlieben. Von den vorhandenen Mitgliedern haben sich 83 das zweite, 7 das dritte, 2 das vierte- und 1 das fünftmal aufnehmen lassen.

Der Zugang beträgt 864, davon sind eingetreten 439 (davon in den Zahlstellen 128), zugereist 397, übergetre- ten 8 und vom Militär zurück 20. Der Abgang betraffert sich auf 871, davon wurden wegen rückständiger Bei- träge gestrichen 177, durch Austritt 25, Ausschluss 3, zum Militär 16, abgereist 633, übergetreten 6 und Tod 6. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluss 847, nach 52 Wochenbeiträgen berechnet 826. Hier von entfallen auf die Zahlstellen 110. Nach Beiträgen berechnet ist gegen- über dem Vorjahre ein Verlust von 49 Mitgliedern (davon auf die Zahlstellen 9) zu verzeichnen. Dieser Rück- gang ist auf die ungünstigen Erwerbsverhältnisse im ersten Halbjahr zurückzuführen.

Im Berichtsjahre wurden 42 951 Wochenbeitrags- marken umgesetzt, davon in den Zahlstellen 5731, ein Minus gegenüber dem Vorjahre von 2537. Im Bureau wurden 6337 Beiträge kassiert. Von den am Schlusse des Jahres vorhandenen 847 Mitgliedern gehörten der Organisation an:

Table with 2 columns: Zahl der Jahre bis: (1-15) and 15. Row 1: 136 114 127 118 88 66 46 31 46 24 14 1 8 3 10

Der Kassenbericht ergibt für die Hauptkasse eine Einnahme von 15 219,15 Mk. Die Ausgabe erforderte für Streiks 21.40 Mk., Krankenunterstützung 1993.45 Mk., Sterbegeld 270 Mk., Reiseunterstützung 335.74 Mk., Ge- maßregelungsunterstützung 57 Mk., Reichstribunal 112.93 Mk., Gehalt und Versicherungsbeiträge 2136 Mk., abgesandt wurden 10 292.63 Mk. Für Krankenunterstützung wurden 238.10 Mk. mehr und für Reiseunterstützung 30.36 Mk. weniger ausgezahlt als im Vorjahre. 197 Mitglieder erhielten Kranken- und 266 Mitglieder Reiseunter- stützung.

Die Einnahme der Filialkassen ergab 10 632.73 Mk., die Ausgabe 10 863.40 Mk., davon für Einlassierung der Beiträge 2207.28 Mk., Anteile und Beiträge zum Ge- werkschaftsfonds 4000 Mk. und für Schweden 600 Mk. Der Kassenbestand beträgt prozentual pro Mitglied 12.45 Mk. Im Arbeitsnachweis ließen sich 1551 Kollegen eintragen. Offene Stellen waren vorhanden 1032, davon wurden besetzt 690. Die ungünstige Geschäftslage drängte einen großen Teil der Kollegen auf die Land- schaft. Das Angebot von Arbeitskräften erstreckte sich bis in die kleinsten Orte der Provinz, dadurch wurde die Frequenz des Arbeitsnachweises ungünstig be- einflusst.

Die Bibliothek wurde von 138 Kollegen an 74 Abenden mit 1394 Büchern 64mal benutzt.

Die von der Zentralverwaltung veranfaßte statisti- sche Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Monat Mai brachte ein wertvolles Material. Von 349 ausgegebenen Fragebogen gingen 630 wieder ein, das entspricht einer Beteiligungsziffer von 97 Prozent. Dieses gute Resultat ist aber weniger dem großen all- gemeinen Interesse unserer Mitglieder zuzuschreiben, sondern der tätigen Mithilfe einzelner Kollegen, die die Einholung der Fragebogen übernommen hatten. Von den 630 an der Statistik beteiligten Kollegen (475 Maler, 12 Anstreicher) waren 497 in der Baubranche und 133 in Fabriken und Lackereien beschäftigt (67 Maler, 59 Lackierer, 7 Hilfsarbeiter). Von den vorhandenen 404 Malermeistern beschäftigten nur 179 Gehilfen und 84 Meister 127 Lehrlinge. Für die Lackereibranche kamen 41 Betriebe in Betracht, in denen Mitglieder be- schäftigt sind.

Von den 497 an der Baubranche beteiligten Kolle- gen waren 344 oder 70 Prozent 3606 Wochen arbeitslos. Es sind dies demnach pro Mitglied der Befragten durchschnittlich 43 arbeitslose Tage und pro Mitglied der arbeitslosen durchschnittlich 63 arbeitslose Tage pro Jahr. Von 83 Kollegen der Baubranche wurden 1581 Ueberstunden und von den in Fabrikbetrieben beschäf- tigten 37 Kollegen 4562 Ueberstunden gemacht.

Nacharbeit verrichteten in der Baubranche 30 Kolle- gen 330 Stunden, in Fabrikbetrieben 5 Kollegen 49 Stunden.

Sonntagsarbeit leisteten in der Baubranche 89 Kollegen 984 Stunden, in Fabrikbetrieben 81 Kollegen 193 Stunden.

In Akkord arbeiteten in der Baubranche 18 Kollegen 92 Wochen, in Fabrikbetrieben 62 Kollegen 3026 Wochen. In Fabrikbetrieben waren 105 verheiratet und 28 ledig, in der Baubranche 236 verheiratet und 247 ledig. Die 236 verheirateten Kollegen hatten zusammen 348 Kinder.

Der durchschnittliche Stundenlohn betrug nach den jährlichen Statistiken:

Table with 2 columns: Year (1900-1909) and Lohn (39-54). Row 1: 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907 1908 1909

Bei dieser Statistik kamen 410 Kollegen über 20 Jahre und 70 Kollegen unter 20 Jahre in Betracht. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug für über 20 Jahre alte Kollegen 54,3 Pfg. und für Kollegen unter 20 Jahre 51,2 Pfg.

Ar der fakultativen Arbeitslosenunterstützung beteiligten sich 150 Kollegen, verkauft wurden 2052 Ar- beitslosenmarken à 50 Pfg.

Beschwerden wegen Nichterhaltung des Lohntarifs sind 24 eingegangen, die durch die bestehenden Instanzen, soweit es sich um Mitglieder des Arbeitgeberverbandes handelte, behandelt wurden. Leider reichte der Ein- fluß des Arbeitgeberverbandes nicht immer aus, um die rentierlichen Arbeitgeber zur Einhaltung zu zwingen. Wiederholt mußten wir uns mit den Firmen Dirksen und Andresen beschäftigen. Bei der Firma Dirksen handelte es sich um wesentlichen um auswärtige Arbei- ten, wo die Fahrgelder, Lohnzuschläge und die in den betreffenden Orten tariflichen Löhne nicht gezahlt wurden. In Frage kamen im Geschäftsjahre die Orte Helgoland und Berlin.

Sehr mangelhaft werden die Arbeiterschutzbestim- mungen von den Meistern beachtet. Vielen Meistern dürften die gesetzlichen Bestimmungen kaum bekannt sein. Der zuständigen Meisterorganisation scheint selbst das notwendige soziale Verständnis dafür zu fehlen, weshalb konnte auch von dieser Seite irgendwelche Ein- wirkung noch nicht beobachtet werden. In wie hohem Maße das Malexergewerbe der erhöhten Unfallgefahr und Berufsrisiken ausgesetzt ist, zeigt die Krankheits- statistik des Geschäftsjahres.

Vermerkt sind nur die unterstützungsberechtigten Tage. Von den 197 Erkrankungsfällen kommen auf Blei- und Zerpentinvergiftung 16 Fälle mit 401 Tagen. Magen-, Darm-, Lungen-, Nerven- und Nierenkrankheiten, Erkrankungen der Atmungs- organe 53 Fälle mit 922 Tagen. Rheumatismus und Erläuterungskrankheiten 47 Fälle mit 721 Tagen. Dazu 34 Unfälle mit 620 Tagen (davon 7 schwere Unfälle). Für alle übrigen Krankheiten waren mit 45 Fällen in Summa 536 Tage zu verzeichnen.

Schlechte, mangelhafte Gerüste, Untertunftsräume in feuchten Kellerräumen auf Bauten, Einatmung von blei- und gifthaltigen Farbstoffen, schädlicher Einfluß der feuchthalten Luft, schlechte Wohnungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit im Zusammenhange mit Unterernäh- rung, Submissionswesen und Schmutzkonkurrenz, als Folge übermäßiges Anspannen der Kräfte, sind wesent- liche Dispositionen zu vorbezeichneten Berufsrank- heiten.

Die hiesige Gewerbeinspektion berichtete 1907, daß sie 69 persönliche Rücksprachen mit Arbeitgebern genommen habe. Danach soll in 18 Fällen die Verwendung von Bleiweiß eingeschränkt und in 19 Fällen ganz aufge- geben sein.

Der Gewerbeinspektion mußte doch auch bekannt sein, wie gern die Arbeitgeber behaupten, kein Bleiweiß zu verwenden; dann gibt es doch auch noch andre blei- haltige Farben. — Auffällig ist hierbei noch, daß nur Arbeitgeber gefragt wurden und deren Angaben als zu- verlässig betrachtet werden, während andererseits die be- teiligten Arbeiter ausgeschaltet wurden.

Sind doch im Jahre 1908 nur 3 Betriebe mit 25 Ar- beitern im Bezirk Hannover revidiert worden. Die Zahl der Krankheiten an Bleivergiftung und deren Begleiterscheinungen beweist, daß von einem Rückgang keine Rede sein kann. Schon mancher Kollege ist in seiner Lehrszeit durch Verwendung zu den schädlichsten Arbeiten, unter Unberücksichtigung der Schutzbestimmungen, lange Arbeits- zeit usw., der Bleivergiftung anheimgefallen.

Da nach dem jetzigen Reichstribunal die Umgehung der Bleiverordnung als Tarifbruch zu gelten hat, bietet sich für unsere Kollegen Gelegenheit zur besseren Durchführung der Schutzbestimmungen.

In gedrängter Form zeigt der kurze Bericht die umfangreiche Tätigkeit im verflochtenen Jahr. Die Agitation und die reiche Arbeit, die die Lohn- bewegung mit sich brachte, mußte unter dem Druck der ungünstigen Verhältnisse erledigt werden.

Die letzten Jahre der Wirtschaftskrise hat die Filiale glänzend überwunden, nicht nur, daß die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufrecht erhalten werden konnten, sondern es war auch möglich, weitere Ver- besserungen zu erzielen.

Wären es außerordentliche Aufgaben, die im letzten Jahre erfüllt werden mußten, so sind es im laufenden Jahre nicht minder gewaltige Anforderungen und Auf- gaben, vor die die Organisation gestellt ist.

Der abgeschlossene Reichstribunal hat nur einen papier- nen Wert, wenn er nicht überall durch weitgehende Unterstützung aller Kollegen zur strikten Durchführung gelangt.

Noch manche Differenzen werden sich ergeben und mancher Auseinandersetzungen und Verhandlungen wird es bedürfen, um die Durchführung des Tarifs und seine Vorteile für unsere Kollegen in möglichst allen Orten, wo Kollegen organisiert sind, zu erreichen und zu sichern.

Recht viel Arbeit steht uns im laufenden Jahre be- vor. Mit vereinten Kräften muß fortgesetzt und plan- mäßig im ganzen Vereinsgebiet die Agitation zur weite- ren Kräftigung der Organisation betrieben werden.

Die schwierige Aufgabe bei den vielen Kleinbetrie- ben und großer Zersplitterung der Arbeitsstellen kann nur dann erfüllt werden, wenn alle vorhandenen Kräfte die Verwaltung genügend unterstützen. Unter dieser Voraussetzung und der mit sicheren Anzeichen in Aus- sicht stehenden besseren wirtschaftlichen Konjunktur wird es möglich sein, im laufenden Jahre weitere Fortschritte und Erfolge zu erzielen.

Nichtigstellung. In dem Jahresbericht der Filiale Cassel in Nr. 11 muß es auf Seite 86, erste Spalte im zweiten Absatz des Briefes heißen: „Im Neubau des Königl. Theaters ist außer dem äußeren Fensteransrich nicht ein Lot Bleiweiß verarbeitet und zu allen inneren Oelfarben- und Lackfarben- ansrichen wird nur Lithoponweiß und Zinkweiß verwendet.“

Versammlungsberichte.

Esch (Luzernburg). Am 8. März fand hier zum erstenmale eine öffentliche Maler- und Anstreicher- versammlung statt. Kollege Zimmermann-Frankfurt a. M. referierte über „Der Einfluß der gewerkschaftlichen Or- ganisation auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter“. In leicht verständlicher Weise schilderte der Redner, welche Vorteile durch den stetigen Einfluß der Organisation für die Berufs Kollegen erreicht werden können. An der Hand reichhaltigen Materials wies er nach, welche Verbesserungen in den Lohn- und Arbeits- bedingungen der Verband der Maler usw. in Deutschland

erzielt habe. In Esch, sowie in ganz Luzernburg könnte man das Fehlen einer jeglichen Organisation in unserm Beruf sehr gut wahrnehmen. Die überaus lange Ar- beitszeit von täglich 11 Stunden und die niedrigen Stundenlöhne von 28 bis 44 Pfg. sind ein deutlicher Beweis dafür. Aber auch die übrigen Verhältnisse (Wohnung, Kündigung, Vergütung für Ueberzeitar- bet) liegen noch sehr im argen. Soll doch sogar in einem Geschäft eine Ration von 20 Mark in vier Raten für Werkzeug einbehalten werden. Gegen all diese Zu- stände könne nur durch ein plan- und zielbewußtes Vor- gehen der Organisation mit Erfolg angefaßt werden. Mit der Aufforderung, daß sich alle Anwesenden dem Verband anschließen, schloß Redner seine mit höchstem Interesse verfolgten Ausführungen. Die Aufforderung wurde auch sofort in die Tat umgesetzt und traten 26 Kollegen dem Verbands bei. Der Grundstein für eine Organisation ist nunmehr für die Escher Kollegen gelegt; nun wird es ihre Aufgabe sein, die Filiale im Sinne der Ausführungen des Referenten auszubauen, damit sie gleichfalls ein nützliches Glied innerhalb unsres Ver- bandes wird, im Interesse der Escher Kollegen! Mit Zähigkeit und Ausdauer wird das begonnene Werk weitergebaut werden können!

Wiesbaden. In einer außerordentlichen Mitglieder- versammlung erstattete Kollege Hohl den Bericht von der Generalversammlung in Dresden. In der Diskussion wurde das Verhalten der Kollegen in Hamburg aufs schärfste verurteilt. Gewiß haben die Hamburger Kolle- gen das Recht, den Reichstribunal zu kritisieren, aber die Art und Weise, wie es in den Hamburger Versamm- lungen geschah, liegt nicht im Interesse der Organisation. Ganz besonders zu verurteilen ist es, daß die Ham- burger Kollegen selbst vor einer Zersplitterung der Organisation nicht zurückschrecken. Aufstrebend seien die Hamburger Kollegen nicht mit der nötigen Ruhe an die Beurteilung der für unsre Organisation so bedeutungs- vollen Frage herangetreten. Einige Redner waren der Ansicht, daß nun, wo die Generalversammlung ge- sprochen, auch die Hamburger Kollegen nach wie vor ihre Pflichten der Gesamtorganisation gegenüber erfüllen würden. Beim Punkt „Durchführung des Reichstribunals“ machte die Verwaltung bekannt, daß allen Unternehmern, die bis jetzt den Tarif nicht einhalten, nochmals eine Aufforderung zu gehen solle, in der sie aufgefordert werden, bis zum 15. März den Tarif anzuerkennen. Die Firmen, die bis dahin den Tarif nicht anerkannt haben, sollen gesperrt werden. Die Verwaltung plant dann noch, alle Unternehmern, die den Tarif nicht anerkannt haben, der Öffentlichkeit zu unterbreiten, damit auch die Öffentlichkeit sieht, wie es mit der Tarifrückständigkeit unserer Unternehmern bestellt ist. Bei zirka 50 Unternehmern, von denen 32 dem Arbeitgeberverband im Malexergewerbe ange- hören, arbeiten 60 Prozent der Kollegen zu den neuen Bedingungen, wohingegen 40 Prozent der Kollegen bei zirka 150 Unternehmern arbeiten, von denen 51 vom Arbeitgeberverband angeblidlich ausgeschlossen wurden. Welches Verständnis bei den Unternehmern für die Tarifrage vorhanden ist, zeigt nachstehender Brief, der uns als Antwort auf eine Aufforderung zur Zahlung des tariflichen Lohnes von einem Unternehmer zuging:

An den Verband der Maler und Lüncher z. S. des Herrn Hohl.

Nach Durchsicht Ihres Schreibens vom 28. 2. er- kären wir uns hiermit bereit, den Reichstribunal anzu- erkennen, wenn Sie uns einen solchen übermittelt haben, denn bis jetzt wissen wir noch gar nicht, wie ein solcher aussieht. (??)

Anschließend hieran möchten wir aber darauf hin- weisen, daß Sie uns unterstützen helfen, die hohen, unsrer Herren Gehilfen bekämen nach An- nahme dieses Tarifes einen den Ver- hältnissen nach auskömmlichen Lohn, so daß sie diese Nebenarbeiten nicht brau- chen. Denn erstens fördern Sie damit doch die Schmutzkonkurrenz, die Sie doch helfen wollen besei- tigen und zweitens ist ja dann die kurze Arbeitszeit, worauf Sie doch immer bringen, illusorisch gemacht. Außerdem wird gewöhnlich diese Sorte Arbeit mit des Meisters Material ge- macht; denn wenn sich dieses der Ge- hilfe kaufen sollte, könnte und würde er gewöhnlich die Arbeit nicht machen.

Wir geben deshalb hiermit die Erklä- rung ab, daß wir jede uns zu Wissen kom- mende Nebenarbeit eines unserer Ge- hilfen mit dessen sofortiger Ent- lassung beantworten werden.

Ebenso werden wir nicht mehr dulden, daß bei uns beschäftigte Arbeiter des Sonntags anderen Meistern ausbilden, damit diese mit unsrer Arbeit mit konkurrieren können. Es laufen genug Maler- und Lünchergehilfen arbeitslos herum und sollten Sie darauf hinwirken, daß diese erst beschäftigt werden.

Hochachtungsvoll
Wilh. Diefenbach & S. Schneider.

Die beiden Herren scheinen gar nicht zu merken, wie sie sich selbst durch diesen Brief blamieren; denn es muß doch sehr schlecht mit der vielgerühmten beruflichen Durchbildung bestellt sein (die ja doch die Unternehmer in weit größerem Maße besitzen sollten als die Ge- hilfen), wenn dadurch, daß ein Gehilfe einmal einem anderen Unternehmer ausbilst, die Konkurrenzfähigkeit ihres Geschäftes zum Teufel geht.

Was nun das Fischen anbelangt, so wissen wir nur zu genau, daß der eine der Herren, als er noch Ge- hilfe war, hierin das menschenmögliche geleistet hat, ob- wohl er damals schon einen höheren Lohn hatte, als er jetzt festgelegt ist.

Ob er selbst zu diesen Fischenarbeiten von seinem ehemaligen Meister das Material mitgenommen hat, entzieht sich unserer Kenntnis, aber man sucht niemand hinter dem Ofen, wenn man nicht selbst schon dahinter gesehen hat.

Die Kollegen Deutschlands werden er- sucht, bis zur Erledigung der Diffe- renzen Wiesbaden zu meiden.

Aus Unternehmerrreisen.

Meisterprüfung im Weißbinderhandwerk zu Frankfurt a. M.
An der am 21. und 22. Februar erfolgten Meister- prüfung haben 12 Herren teilgenommen, wovon 11 die

Prüfung teilweise mit gut und in einem Fall mit sehr gut bestanden haben.

Ein Prüfling mußte zurückgestellt werden, weil er keine Kenntnis in der Buchführung hatte. Einige hatten den Meisterkursus der städtischen Gewerbeschule mitgemacht und sich dabei gute Kenntnisse erworben.

Die billigste Berechnung ergab 668,23 M. und die teuerste 1100,10 M., die anderen bewegten sich zwischen diesen Summen.

Da darf man sich denn nicht wundern, daß bei Submissionen fortwährend so große Preisunterschiede vorkommen. Es fehlt in unserem Beruf, und jedenfalls auch in anderen Handwerken, an einer richtigen Unterlage zur Berechnung; merkwürdig ist bei der Sache noch, daß alle Prüflinge den gleichen Nutzen an der Arbeit haben wollten.

Es ist dies ein Punkt, der die größte Beachtung verdient, weil an unrichtiger Kalkulation schon gar viele Erfolgen zugrunde gegangen sind, und immer noch gehen werden.

Wie die Preise zustande kommen, lehrt folgender Fall: Der Billigste wurde gefragt, wie er zu seinen eingeleiteten Preisen gekommen sei? Da gab er zur Antwort: „Er habe schon mehrfach städtische Submissionen mitgemacht, habe aber die Arbeiten nicht bekommen, weil er zu teuer gewesen sei. Er habe deshalb den Preis immer weiter herabgesetzt, um nicht durchzufallen.“

Wie dieser Mann, so denken leider gar viele, ohne zu überlegen, daß ein solches Verfahren ganz verwerflich ist.

Nun ist es theoretisch sehr wohl möglich, eine Rechnung zu machen über die Selbstkosten und den erforderlichen Gewinn, aber praktisch gestaltet sich die Sache ganz anders.

Den Materialverbrauch kann man auf Grund von Erfahrung annähernd feststellen, obgleich auch da große Schwankungen möglich sind, ebenso sind die Unkosten ungefähr vorauszusehen, aber die Hauptsache, die Löhne, kann man trotz aller Erfahrung nicht im voraus bestimmen. Man weiß wohl, wieviel ein Arbeiter leisten kann und soll, ob er es aber tut oder stets ausführen kann, das ist eine andere Frage, und kommt lediglich auf guten Willen an. Die Stundenlöhne sind durch Tarif festgesetzt, aber die Leistungen sind sehr verschieden. Dazu kommt, daß auch bei der Ausführung häufig Verhältnisse eintreten, die nicht vorzuzusehen waren. Es kann vorkommen, daß eine Arbeit mißglingt und nach einmal gemacht werden muß. Auch darf nicht vergessen werden, daß sehr oft das Wetter einen argen Strich durch die Rechnung macht. Und zum Schluß kommt sehr viel darauf an, wie die Arbeiten ausgeführt werden. Wird gründlich gearbeitet, der Grund gehörig gekittet und geschliffen, so kostet diese Vorarbeit zum Teil mehr als ein Anstrich. Alles dies wird insbesondere von dem, der die Arbeiten zu vergeben hat, nicht berücksichtigt, da heißt es nur, der X ist der billigste, und der bekommt die Arbeit. Ob dann in der Tat das billigste Angebot auch das beste war, können die wenigsten beurteilen, kann selbstverständlich niemals bewiesen werden.

Frägt man sich nun, wie kommt es, daß immer und immer wieder so große Unterbietungen vorkommen, so liegt dies m. E. an der mangelhaften Buchführung. Würde jedermann bei den ausgeführten Arbeiten genaue Aufzeichnungen machen, was ihn die Arbeiten kosten, so würde er jedenfalls bei der nächsten Gelegenheit nicht unter den Selbstkosten bleiben. Oder würde man sich die Mühe nehmen, einmal praktische Proben zu machen, wieviel Zeit und wieviel Material zu einem Anstrich erforderlich ist, so würde damit schon viel gewonnen sein. Allerdings gibt es leider auch Fälle, bei denen die Erfahrung nichts nützt. So werden z. B. Gartenstühle zu Preisen angefrachtet, die weit unter dem Kostenpreis liegt, obgleich sich dieser Preis doch ohne große Mühe feststellen läßt.

Hier spielt der Neid oder die Mißgunst, wie man nennen will, eine große Rolle, denn man will den Kunden unter allen Umständen erhalten und gönnt seinem Mitkollegen nicht, daß er sich an der Arbeit möglicherweise beteiligt. Man weiß, man legt Geld drauf, aber die Arbeit wird doch gemacht. Gegen derartige Verfahren ist allerdings Kopfen und Malz verloren; am Ende vom Jahr findet dann der Herr Kollege, daß er eine Dummheit gemacht hat, aber das traurigste ist, er wird sie wieder machen. Ein anderer Grund, mit welchem oft Unterbietungen entschuldigt werden, ist, daß es heißt, ich habe nichts zu tun, und will doch meine Gehilfen beschäftigen; nun ist es ja sehr unangenehm, wenn man ältere Gehilfen im Geschäft hat und sie nicht beschäftigen kann, aber es ist in vielen Fällen gerade verkehrt, mit Verlust zu arbeiten, nur um den Betrieb in der Höhe zu halten, in einer Zeit des Niederganges ist eben weniger Arbeit vorhanden und oft genug wird auch der angegebene Grund, die Leute beschäftigen zu wollen, eine der vielen gebräuchlichen Ausreden sein.

Ob in diesen Verhältnissen durch die Meisterprüfungen eine Besserung eintritt, ist fraglich, aber die Hoffnung darf nicht aufgegeben werden, und die vornehmste Aufgabe der Prüfungskommissionen muß es sein, die Prüflinge zu einer richtigen Berechnung anzuhelfen, dann werden die Schäden des Submissionswesens, wenn nicht beseitigt, so doch gemildert. Kommt man von Seiten der Behörden und der Private davon ab, dem Mindestfordernden den Zuschlag zu erteilen, so ist die Hoffnung auf Besserung noch mehr begründet. In dieser Beziehung haben die städtischen Behörden von Frankfurt a. M. einen guten Schritt getan, indem die Bestimmungen getroffen wurde, zunächst bei Arbeiten und Lieferungen unter 5000 M. den Billigsten den Zuschlag nicht zu erteilen.

In der Angelegenheit der Legitimationskarten (siehe Seite 388 des V.-A. von 1909) hat der Zentralausschuß der Vereinigungen der Lack- und Farbenbranche Deutschlands an den Westdeutschen Verband der Farben- und Glasgroßhändler zu Erfeld folgenden Schreiben gerichtet:

„Die dem Zentralausschuß angeschlossenen Vereinigungen haben zu dem von Ihrem geehrten Verbandsrat mit dem hiesigen Gau-Verbande der Arbeitgeber im Malergewerbe geschlossenen Abkommen, welches die Ausgabe von Legitimationskarten betrifft, Stellung genommen. Es wurde einstimmig Beschluß gefaßt, Sie zu ersuchen, das erwähnte Abkommen unverzüglich aufzuheben bezw. zu dem rechtlich zulässigen ersten Termine aufzulösen. Die Gründe für diesen Beschluß näher darzulegen, erübrigt sich, nachdem das Präsidium den Zentralausschuß wiederholt zu der Angelegenheit in einer Ihnen bekannt gegebenen Weise Stellung genommen hat.“

Der Südd. Verband der Farbenfabrikanten und -händler in München nahm auf seiner 3. ord. Generalversammlung im Januar d. J. schon hierzu Stellung. Herr Düll, München, führte zur Begründung seines Antrages: diese Maßregel so rasch als möglich rückgängig zu machen, aus:

Das Befürwortetwerden der Legitimationskarten des Westdeutschen Verbandes hat uns geradezu niedergeschmettert. Ich kann mir nicht anders denken, als daß sich der Westdeutsche Verband lediglich von dem Gesichtspunkte leiten ließ, seinen Verband auszubauen und hierdurch eine recht große Anzahl von Mitgliedern zu gewinnen. Es war dies aber ein gänzlich falsches Beginnen. Es ist unverantwortlich und unerhört und welche Konsequenzen das haben kann, ist gar nicht abzusehen. Schließlich könnten 100 M. und noch mehr verlangt werden bloß dafür, daß wir unseren Abnehmern etwas anbieten dürfen. Ich erblicke in einer solchen Maßnahme eine Schädigung der Interessen und des Ansehens der Farbenhändler. Solche Firmen, welche größere Bezirke bereisen, wären schließlich genötigt, bei den verschiedenen Verbänden Mitglieder zu werden und überall Legitimationskarten zu lösen. Das ist geradezu eine Beschimpfung der Gewerbefreiheit, wenn nicht ein unläuterer Wettbewerb. Jeder Farbenhändler sollte doch so viel Stolz haben, sich nicht in ein vollständiges Abhängigkeitsverhältnis zu begeben; es ist das eine direkte Verletzung unserer Standeslehre, eine Bewehrung unserer Selbstachtung und unseres Standesbewußtseins. Wir müssen schärfsten Protest erheben gegen ein solches Vorgehen und wir können künftig nicht mit solchen Verbänden zusammengehen, bei welchen derartige Vorkommnisse geschehen.

Herr Gustav Redow, Erfeld: Wir mußten einem gewissen Druck des Arbeitgeber-Verbandes nachgeben. Es freut uns, daß von der Sache die Allgemeinheit erfährt und sich über diese Maßnahmen äußert. Aber wir haben, wie gesagt, der Macht des Arbeitgeber-Verbandes nachgeben müssen. Uebrigens hätte der Arbeitgeber-Verband diese Einrichtung auch ohne den Westdeutschen Verband geschaffen. Die Verhandlungen im Zentralausschuß werden schon Klärung bringen.

Herr Dr. Starke, Berlin: Auch wir im Zentralausschuß sind durch die Einführung der Legitimationskarten vollständig überrascht worden. Als in der Mitgliederversammlung des Zentralausschusses die Angelegenheit der Versammlung unterbreitet war, verschwanden sie unter dem allgemeinen Unwillen aller Beteiligten, die diese Absicht überhaupt nicht für diskutabel fanden. Als wir jedoch sahen, daß der Westdeutsche Verband die Sache öffentlich weiter verfolgte, nahmen wir uns nochmals der Sache an. Im Beisein des Herrn Krufe hielt der Zentralausschuß eine Sitzung seines Präsidiums ab, in der sich alle Präsidiumsmitglieder mit Entschiedenheit gegen die Einführung der Karten aussprachen. Wir haben von Anfang an die Sache prinzipiell für vollständig verfehlt erachtet. So kommt es, daß jetzt vielfach dem Westdeutschen Verband der Vorwurf gemacht wird, daß er, unbekümmert um die prinzipielle Tragweite der Angelegenheit und den Rückhalt, den ihm der Zentralausschuß geboten, einem Druck von außen nachgegeben hat.

Die Vereinigungen des Zentralausschusses können — das ist die allgemeine Anschauung — unter keinen Umständen mit dem Abkommen einverstanden sein und der Westdeutsche Verband muß die Sache unter allen Umständen redressieren; der eingeschlagene Weg müßte auch zu den größten Wirrungen führen. Wo käme man hin, wenn das Vorbild nachgeahmt würde von Ihnen z. B. in Süddeutschland? Das würde ganz unbillige Verhältnisse schaffen. Wir werden Verhandlungen führen, die die Sache wieder rückgängig machen sollen.

Herr Düll, München: Man hat die Empfindung, daß man in Westdeutschland schon einem leisen Druck nachgegeben hat, weil man es wohl selbst so gewünscht hat. Ich würde sofort den Antrag auf Auflösung unseres Verbandes stellen, wenn bei uns ein solches Ansinnen an uns gestellt würde; denn wenn ein Verband statt eines Nutzens nur einen Schaden bringen kann, dann ist es besser, daß solche Verbände wieder verschwinden. Jedenfalls ist der Westdeutsche Verband nicht mit der nötigen Energie dem Ansinnen entgegengetreten. Lieber Auflösung des Verbandes, als sich solche Fesseln anlegen zu lassen. Ich wiederhole daher meinen Antrag und bitte, darüber abzustimmen.

Der Antrag wurde auch einstimmig angenommen. Durch den oben erwähnten Beschluß des Zentralausschusses dürfte der Plan des Gaus II vom Arbeitgeberverband, auf so billige Weise seine Rasse zu füllen, als gescheitert zu betrachten sein.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Die Organisierten in den einzelnen Berufsgruppen. Eine Feststellung, in welchem Maße der Organisationsgedanke bereits bei den Angehörigen der einzelnen Berufsgruppen Eingang gefunden hat, stößt auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Zwar haben wir durch die Berufs- und Gewerbebeurteilung vom 12. Juni 1907 eine genaue Uebersicht über die Berufszugehörigen zu jeder einzelnen Berufsgruppe gewonnen, während uns andererseits auch ziemlich zuverlässige Statistiken über die in den Gewerkschaftsverbänden der verschiedenen Tätigkeiten Organisierten zur Verfügung stehen. Dennoch ist ein unmittelbarer Vergleich der Beschäftigten und Organisierten der einzelnen Gruppen, wie ihn der Zeit-

sche Reichsanzeiger im Dezember v. J. anstellte, nicht angängig. Einmal deshalb, weil die Rekrutierungsgebiete der verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen sich nicht ohne weiteres mit der in der amtlichen Statistik vorgezeichneten Gruppeneinteilung decken. Ferner teilt die amtliche Statistik die in den einzelnen Gruppen beschäftigten Arbeiter in solche, die eine eigentliche Berufsvorbereitung genossen haben, und in Hilfspersonen (Handlanger, Fuhrleute, Hausdiener usw.). Die letzteren sind aber zum allergrößten Teil nicht in den betreffenden Gewerkschaften, sondern im Fabrikarbeiterverband organisiert. Daraus ergibt sich also schon, daß die beiden letztgenannten Verbände ihre Mitglieder in allen Berufsgruppen zerstreut haben, wozu noch kommt, daß in der Gruppe Verkehrszwecke, das das Hauptrekrutierungsgebiet des Transportarbeiterverbandes bildet, auch eine große Zahl staatlicher und kommunaler Arbeiter mit einbegriffen ist, die der Gewerkschaft nicht betreten können. Ein Vergleich der Organisierten mit den Organisierten ist also sowohl hier wie bei den Fabrikhilfsarbeitern ausgeschlossen. Dasselbe gilt für die Gemeindefunktionäre und die Angestellten des Handelsgewerbes, in dessen einzelnen Zweigen übrigens auch die „Ungelernten“ eine sehr verschiedene große Rolle spielen. Wir müssen uns also bei einem Vergleich auf gewisse Berufsgruppen beschränken. Und auch hier werden wir, um zu möglichst exakten Resultaten zu kommen, nicht die Gesamtzahl der Beschäftigten, sondern nur die der gelehrten Arbeiter und Arbeiterinnen jeder Gruppe zugrunde legen dürfen. Eine Ausnahme hiervon bildet nur das Baugewerbe, wo auch für die Hilfsarbeiter ein Berufsverband besteht, sowie das polygraphische Gewerbe, das für die in den Buch- und Steinbrudereien beschäftigten Arbeiter eine eigene Organisation besitzt. Hier sind also auch die betreffenden Hilfsarbeiter mit unter den Beschäftigten aufzuführen. Zu den Besseren der Organisierten ist noch zu bemerken, daß sich diese auf den Durchschnitt resp. das Ende des Jahres 1908 beziehen, und daß nicht nur die Mitglieder der freien Gewerkschaften, sondern auch die der Hirsch-Dunckerschen, der Christlichen und der Gelben Arbeitervereine nach den — zum Teil berichteten — Angaben des Stat. Jahrbuches mit einbegriffen sind. Es ergibt sich dann folgendes Verhältnis:

Industriegruppen	Beschäftigte	Organisierte	
		Zahl	Proz.
Baugewerbe	1 568 023	385 975	24,6
Metallindustrie	1 201 924	475 601	39,5
Textilindustrie	386 351	161 081	41,7
Bergbau	412 163	204 784	49,7
Waldwirtschaft	5 828 880	105 361	1,8
Holzindustrie	423 981	1 796 658	42,3
Nahrungsmittelindustrie	444 865	113 919	25,6
Gastwirtschaftsgewerbe	93 000	32 557	35,2
Gärtnerei	69 438	5 603	8,2
Industrie d. Steine u. Erden	179 733	66 703	37,1
Papier und Leder	135 747	52 162	38,5
Polygraphisches Gewerbe	102 539	93 392	91,1
Gesamtzahl	10 552 650	2 421 185	22,9

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich, findet sich das zweitbeste Organisationsverhältnis im polygraphischen Gewerbe, wo 91,1 Prozent der in Betracht kommenden Arbeiter organisiert sind. Am zweitbesten stehen die Bergarbeiter mit 49,7 Prozent, sodann die Holzarbeiter mit 42,3 Prozent Organisierten. Das ungünstigste Verhältnis weisen die Gärtner auf, von denen nur 8,2 Prozent organisiert sind. In Wirklichkeit ist das Verhältnis sogar noch ungünstiger, da viele Herrschaftsgärtner, die von der Statistik unter den Hausangestellten gezählt werden, im Verbands der Gärtner mit organisiert sind.

Faßt man auf der einen Seite alle Berufe und auf der anderen alle Organisierten zusammen, so ergibt sich ein Organisationsverhältnis von 22,9 Prozent. Also noch nicht ein Viertel aller Lohnarbeitenden ist organisiert. Da ist noch ein weites Arbeitsfeld für die gewerkschaftliche Werbetätigkeit vorhanden.

Sozialdemokratische Agrarpolitik. Zu diesem Thema führte Dr. David in seiner Etatsrede folgendes aus, indem er gegen den Bund der Landwirte polemisierte: „Sie wollen dem Kleinbauern helfen durch eine künstliche Erhöhung der Preise. Der Weg ist ganz verkehrt. Wir wollen ihm helfen durch eine Verbilligung seiner Produktion. Wären Sie nach Dänemark, wo keine Schutzzölle bestehen, wo aber die Futtermittel billig sind und die Landwirtschaft deshalb so leistungsfähig ist, daß sie auf dem zollfreien Londoner Markt jede Konkurrenz schlägt. Die Folge einer künstlichen Verteuerung der Produktion ist eine Einschränkung des Konsums. Während der ausnahmsfähige Markt sich ausdehnt, engen Sie ihn künstlich ein. Dazu kommt, daß die große Masse der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung dadurch, daß man sie zwingt, Hunderte von Millionen mehr auszugeben für Brot und Kartoffeln, nicht in der Lage ist, diese Summe auszugeben für bäuerliche Qualitätsproduktion, für Milch, Eier, Obst und Fleisch. Die sozialdemokratische Bauernpolitik geht den umgekehrten Weg. Sie lehnt eine künstliche Preisverhöhung ab, aber sie erstrebt die Verbilligung der Produktion und Hebung der Konsumkraft der breiten Massen des Volkes. Beim Schnaps haben wir Sie ja ins Ziel getroffen. Bekanntlich hat unser Leipziger Parteitag den Branntweinbojott beschlossen. Jetzt liegt die Statistik über den Branntweinverbrauch vom 1. Oktober 1909 bis 31. Januar 1910 vor. In diesen vier Monaten wurden umgekehrt 1907 bis 1908 854 000 Hektoliter Trinkbranntwein, 1908/09 863 000 Hektoliter und 1909/10 577 000 Hektoliter! Da haben Sie die Wirkung! Der Umsatz von Trinkbranntwein ist um 286 000 Hektoliter zurückgegangen, oder um 33,1 Prozent! Um ein volles Drittel haben wir den Schnapsgegenuß eingeschränkt können! Dafür müssen Sie uns eigentlich dankbar sein, wenn Ihnen wirklich die Gesundheit des Volkes und der Kulturfortschritt am Herzen läge. Der Rückgang des Schnapsgegenußes ist eine außerordentlich erfreuliche Erscheinung.“

Wir haben von jeder nicht nur durch Worte, sondern durch Taten bewiesen, daß wir das Wohl des Kleinbauern wollen: Wir sind immer eingetreten für die Hebung der Volks- und Fachbildung, für den Ausbau der Volksschule auf dem Lande, wir haben in den Landtagen alles bemüht, was darauf abzielte, den Klein-

Betrieb zu entwickeln und technisch zu vervollkommen, wir haben alles bewilligt zur Verbesserung der Landeskultur, des Ackerbaues, der Viehzucht, des Weinbaues, zur Entwicklung des Verkehrswezens auf dem Lande und zum Bau von Eisenbahnen.

Herr Dr. Hahn hat behauptet, wir wollen alles klein machen und an den Weinen herunterziehen. Ach nein, wir wollen, daß auch die Kleinbauern und die Landarbeiter in Zustände kommen, bei denen sie als Kulturmenschen existieren können.

In diesem Zusammenhang will ich auch zurückgreifen auf das, was über die Konsumgenossenschaften gesagt ist. Die Konsumentenorganisation ist gerade im Interesse der Landwirtschaft zu fördern; denn durch sie erst wird das Problem gelöst, daß die Fleischpreise nicht in fortgesetzter Dissonanz zu den Viehpreisen stehen und auf dem Wege über Kommissionäre, Großhändler und Schlachter noch weiter verteuert werden.

Wir wollen auch den Bauern ein Einkommen gewähren, das ihnen eine menschenwürdige Existenz erlaubt, wie wir in der ganzen Arbeiterbewegung für eine anständige Bezahlung eintreten. Aber wir wollen in der Landwirtschaft keine künstliche Preisverhöhung durch Zölle und die nicht begründet ist durch die Bedürfnisse der Produktion.

Der lebhafteste Beifall seiner Parteigenossen beweist, daß der Redner mit seiner Auffassung der sozialdemokratischen Bauernpolitik das Richtige getroffen hat.

Gerichtliches.

Sachpflicht der Gewerkschaften für Boykottschaden. Lange Zeit hat sich das Reichsgericht des Annehmens, gegen den Boykott straf- und zivilrechtlich vorzugehen, erwehrt. Schließlich hat der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts aber doch die Entscheidung getroffen, daß die Art der Durchführung ihn zum unbilligen Mittel machen kann, nämlich dann, wenn die vollständige Verneinung der wirtschaftlichen Existenz des Gegners beabsichtigt ist.

In einem Prozeß des Bäckermeisters Lude in Berlin gegen zwei Angestellte und der Bahnhofsstelle Berlin des

Bäckerverbandes war der Boykott zum unbilligen Kampfmittel gestempelt worden. Lude hatte im Dezember 1904 die Forderungen der Gesellen anerkannt, dann aber sein Ehrenwort gebrochen und wieder die alten, hartbepflanzten Einrichtungen eingeführt.

Lude verlangte einen Schadenersatz von 6000 Mk. für Gewinnausfall und Entwertung seines Geschäfts. Land- und Kammergericht haben beide Angestellte verurteilt. Die Gerichte haben angenommen, daß der Rückgang des Geschäftes tatsächlich erheblich auf die Flugblätter zurückzuführen sei.

Selbstverständlich wird ein Boykott immer nur dann zu einem unbilligen Kampfmittel, wenn er von Arbeitern in Szene gesetzt wird. Wenn z. B., wie in Graudenz, die Militärbehörde einen Boykott erteilt, weil er einer Gewerkschaft sein Lokal zu Versammlungen überläßt, so ist das ein patriotisches, hochsittliches Kampfmittel.

Baugewerbliches.

Die Bautätigkeit in deutschen Großstädten im Jahre 1909. Das Statistische Amt der Stadt Köln macht alljährlich wertvolle Zusammenstellungen über die Bautätigkeit in größeren deutschen Städten. An der Bericht-erstattung hierzu sind gegenwärtig 26 Städte mit 7,5 Millionen Einwohnern beteiligt.

Eingefandt.

Aus einem Musterbetriebe. Obwohl die Kollegen in Groß-Berlin den Reichstaxi (bezw. Leistungstaxi) abgelehnt haben, möchte ich doch durch ein Beispiel beweisen, wie notwendig es ist, daß ein Leistungstaxi eingeführt wird, da in vielen Werkstätten ein richtiges Wettarbeiten zum allgemeinen Schaden sich eingebürgert hat.

zu arbeiten. Die Hauptschuld haben jedoch die Kollegen, die in den einzelnen Bezirken arbeiten. Jeder Kollege, der die Arbeit leitet, erhält ein Buch, in welches er die Arbeiten eines jeden Kollegen genau notieren muß, wie lange jeder an einem Stück Arbeit gebraucht hat und in welchem Zimmer.

Wochenzettel eines Malergehilfen im Beamtenwohnungsverein zu Berlin W., Köthenerstr. 34.

Das Grundstück ist Lothringerstraße 2-7.
Freitag, den .., Straße Nr. 2.
Nach der Werkstelle gefahren 1 Std.
Wohnung Nr. 116:

Sonabend, den .., Lothringerstr. Nr. 2.
Wohnung Nr. 116, 4 Treppen:
Rüche, Decke und Wände in Leimfarbe gestr. 3 1/2 Std.
Mittelzimmerdecke m. Hohlkehle in Leimf. gestr. 1 1/2 "

Dienstag, .., Straße Nr. 2, Wohn. Nr. 116:
Rüchenpanel Schlußstrich, Eckzimmer Rosette gestrichen 1 Std.
Straße 5 C, Wohnung 83, 2. Aufg.:

Mittwoch, den .., Straße 2, Wohn. 116, 4. Tr.:
Eckzimmer: Stuck bronziert 1 1/2 Std.
Straße 5 C, Wohn. 83, 2. Aufg.:

Donnerstag, den .., Straße 2, 4. Tr., Wohn. 116:
Material, Werkzeug etc. nach Straße 7 (Werkstelle) gebracht 1 Std.
Werkstelle aufgeräumt 1 "
Die ausgeführten Arbeiten ausgemessen 1/2 "

Das dieß Arbeitspensum nicht genügen soll, ist bezugnehmend darauf, welche Zustände betr. Leistungsbewertung herrschen. Eine Regelung kann deshalb nur im allgemeinen Interesse begründet werden.

In dieser Weise mußte jeder leitende Kollege jeden Donnerstag die ausgeführten Arbeiten eines jeden Kollegen ins Buch eintragen. Ich habe es Anfangs nicht so detailliert aufgeschrieben, da sich aber ein Kollege dazu freiwillig angeboten, die Arbeiten so zu detaillieren, wurde es den andern ans Herz gelegt, ebenfalls alles so aufzuschreiben.

Vom Ausland.

Oesterreich. In Graz sind die Lackiererwerkstätten Wilhelm Utsch und Neemahen gesperrt.
Ungarn. Nach Nagybarnad (Großwardein) ist Bezug fernzuhalten. Die Franz Schloßnische Leistenvergoldungsfabrik und die Anstreichwerkstätte Johann Felberbaum in Budapest bleiben gesperrt.

Die VI. ordentliche Hauptversammlung unfres österreicherischer Bruderverbandes wird vom 5. bis 7. Mai dieses Jahres in Wien abgehalten.

- 1. Konstituierung: a) Wahl der Mandatsprüfungskommission; b) Festsetzung der Geschäftsordnung; c) Festsetzung der Tagesordnung; d) Wahl eines Wahlkomitees. 2. Berichte: a) Tätigkeitsbericht des Vorstandes; b) Kassenbericht; c) Bericht der Kontrollkommission; d) Bericht des Schiedsgerichts.

Die Arbeitslosenversicherung in Dänemark. Die dänische Regierung veröffentlicht den Bericht über das erste vollständige Jahr der Anwendung des am 9. April 1907 erlassenen Gesetzes über die staatliche Beschäftigung und Unterzählung der Arbeitslosenversicherung.

Technisches.

Patentschau. Vom Verbands-Patentbureau D. Prueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt. Auskünfte frei. Erteilte Patente: Nr. 22r. 218 958. Verfahren zur Herstellung eines Mittels zur Entfernung von alten Farbanstrichen.

brücken einer reflektierten plattenartigen Musterform an die mit bildsamer Masse bedeckten Flächen. Kunst-Plastik-Ges. m. b. H., Offenbach a. M. Ang. 4. 4. 08. Nr. 75c. 219 030. Aufstreichvorrichtung, bestehend aus einem zur Aufnahme von Farbe dienenden Zylinder mit verschiebbarem Kolben und aus einem zum Verstreichen der Farbe dienenden, mit dem Zylinder durch Kanäle verbundenen Vorsteuertell.

Nr. 9. 406 140. Aufstreichpinsel. Arthur Hilscher, Gumnertsdorf b. Frankenberg i. S. Ang. 9. 12. 09. Nr. 32b. 406 226. Vorrichtung zum Auftragen der Konturmasse bei der Herstellung farbiger Glas- und Dekorationsmalereien. Alb. Schweizer, Karlsruhe. Ang. 30. 12. 09.

Literarisches.

Schlechte Romane werden immer noch in großer Zahl auch von politisch aufgeklärten Arbeitern und Arbeiterinnen gelesen. Diese gemüthvergiftenden Subdelschriften werden in 10 Pfennig-Festeln ins Haus gebracht und wegen der geringen augenblicklichen Ausgabe gekauft.

„In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich und ist zum Preise von 10 Pf. durch alle Buchhandlungen, Expediteure, Zeitungsausbräuer und Postanstalten zu beziehen. Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863 bis 1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in 18 Lieferungen à 30 Pf. zu je 32 Seiten. Verlag von G. Birk & Co. m. b. H., München. Soeben ist die 5. und 6. Lieferung des Handbuchs erschienen.

„Arbeiter-Jugend.“ Aus dem Inhalt der beiden erschienenen Nr. 5 haben wir hervor: Selbststudium. Von Joh. Hoffmann-Maiserslautern. — Die Entwicklung zum Sozialismus. — Aus meiner Kindheit. (Fortsetzung.) Von Otto Krille. — Komiken und Metere. Von Felix Linke (Illustriert). — Der Kampf gegen die Schundliteratur. — Aus der Jugendbewegung. — Vom Kriegsschauplatz. — Des Lehrlings Lebenschronik. — Von den Gegnern usw. — Vellage: Mein Freund Heinrich und ich. Von Aug. Wjssoci. — Fremdwörter. Von L. Franz. — Der große Krebs im Mohriner See. Gedicht von Kopsch. — Die Flugmaschine. Von S. Ströbel (Illustriert). — Wie helfe ich mit. Von Adolf Braun. — Krähwinkelhistorie. Gedicht von Margarethe Deutler. — Der Kriecher. Von Robert Gröhsch.

Kostenfreien, brieflichen Unterricht erteilt gewissenhaft, durch geprüfte Lehrer, die Abteilung für brieflichen Unterricht des Deutschen Arbeiter-Stenografen-Bundes. Anfragen mit üblich beigefügtem Porto richtet man an Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubengasse 35.

Briefkasten.

Buchum. M. Brief erhalten und ad acta gelegt.

Sterbetafel. Hagen. Am 2. März starb nach langer Krankheit unser treues Mitglied Christian Weber im Alter von 30 Jahren. Chre seinem Andenken!

Dereinstell. Bekanntmachung. Ausgeschlossen auf Grund des § 7a wurde von der Filiale Potsdam das Mitglied Hermann Räsch, Buchn. 49180. Der Vorstand.

Bericht der Hauptkassse vom 7. bis 14. März. Eingefandt wurde: Rattowik 50, Bremerhaven 250. Den Filialen zur Kenntnis, daß im Laufe dieser Woche die Marken für die Arbeitslosenversicherung für die zweite Unterzählungsperiode verandt werden.

Material wurde verandt: B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatmarken. V. M. M. = Vereins-Anzeiger-Marken. M.-M. = Marken-Mappen. F. = Futterale. Br. = Broschüren. R. = Kalender. Pr. = Protokolle. Berlin 50 000 B. a 60 S., 1000 C.; Bochum 1200 B. a 60 S.; Bremerhaven 20 C.; Celle 800 B. a 60 S., 200 B. a 20 S.; Dessau 4000 B. a 60 S., 20 C.; Düsseldorf 100 C.; Gera 50 C.; Götting 1200 B. a 60 S.; Gotha 100 C.; Kiel 4000 B. a 60 S.; Königsberg 2000 B. a 60 S., 100 C.; Konstanz 200 B. a 20 S.; Leipzig (100 B. a 20 S., 10 C. a 50 S., für Frauen); Mülhausen 50 C.; Osnabrück 600 B. a 55 S., 200 B. a 20 S.; Passau 400 B. a 60 S.; Potsdam 2000 B. a 60 S., 400 B. a 20 S.; Prenzlau 400 B. a 50 S., 20 C.; Quedlinburg 50 C.; Reichenhall 400 B. a 65 S.; Schleswig 400 B. a 60 S.; Tilsit 400 B. a 50 S.; Weimar 400 B. a 25 S., 30 C.; Wismar 800 B. a 60 S.; Worms 800 B. a 60 S., 20 C.; Zwickau 4000 B. a 60 S.

Die Adresse für das Postkasskonto ist: Nr. 3392. Heinrich Wentler, Kassierer, Hamburg 22, Schmalenbekerstraße 17. H. Wentler, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

Bericht des Hauptkassierers vom 6. bis 12. März 1910. Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekandt von Tinn-Staalt 300 M., Griefe-Burg bei Magdeburg 75 M., Vandaht-Potsdam 200 M., Ruffmann-Burg bei Magdeburg 100 M. Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgekandt an Böhm-Frankfurt a. M. 110 M., Böhm-Kemischel 50 M., Kuhn-Mülhausen i. Eis. 50 M., Freitag-Wilmersdorf bei Berlin 100 M. Krankengelder erhielten Buchn. 29302 G. Feiertag in Waren 13.50 M., Buchn. 5523 R. Grabow in Cassel 27 M., Buchn. 5500 B. Volbe in Cassel 13.50 M., Buchn. 15934 D. Brink in Neustadtgödens 13.50 M., Buchn. 34069 B. Samisch in Posen 13.50 M., Buchn. 34039 B. Krause in Posen 11.25 M., Buchn. 7699 J. Hartmann in Urmurg a. b. Bahn 9 M., Buchn. 32394 D. Schröder in Großschirma 27 M., Buchn. 19741 B. Möbbus in Wallerstein i. Bayern 13.50 M., Buchn. 27511 F. Gollnast in Ziebingen 15.75 M., Buchn. 14054 H. Mieschau in Graudenz 13.50 M., Buchn. 12964 C. Fille in Randern i. Baden 13.50 M., Buchn. 32008 R. Großmann in Görbersdorf i. Schlef. 36 M., Buchn. 26654 C. Sabel in Stargard 6.75 M., Buchn. 5468 S. Bauer in Cassel 6.75 M. Sterbegeld wurde gezahlt für R. Grabow in Cassel Buchn. 5525, 110 M. H. Bulle, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Anzeigen. Ord. Maler- u. Anstreicher-Gehilfen gegen hohen Lohn u. dauernde Stellung für sofort gesucht. — Wilh. Hilbrandt, Herlohn-Bremke i. Westf.

Selbstunterricht nach handgemalten Vorlagen mit Beschreibung, in Holz, Marmor, Ornament, Blumen u. Landschaft. — Prospekt gratis. W. Draheim, Berlin-Rixdorf, Schönstedterstrasse 14.

Sommerkursus für Holz- und Marmor-Malerei Dienstags und Freitags abends 8-10 Uhr, pr. Monat Mk. 5.— H. Muhs, Altona, Alsenplatz 1, II.

Moderne Schablonenmalerei Bin reichhaltig und elegant ausgestattetes Musterbuch, es hat grosse Auswahl in Wanddekorat., eleg. Decken, Stoff-imitat., Wandmuster, Treppenhäuser, Fresse, Gänge, Sockel usw. in nur praktisch mod. Zeichnungen u. Mitarbeit bedient. Künstler. — Preis 1 Mark Hans Martin, Heidelberg.

Filiale Erfurt. Unser Arbeitsnachweis befindet sich nach wie vor im Restaurant des Kollegen Ferd. König, Markschergasse 6. Vermittlung zu jeder Tageszeit. [M 2.—] Neu! © Neuzeitliche Flächenbelegung! © Neu! Schwammpfrolle in Breiten von 15 cm mit 4 Einsätzen Mk. 12.— do. „ „ „ 8 „ „ 4 „ „ „ „ 8.— Stoffimitations-Apparate in Breiten von 15 cm mit 3 Einsätzen 14.50 do. „ „ „ 8 „ „ 3 „ „ „ „ 8.50 Porenrollen, per Paar Mk. 6.—, einzeln Mk. 2.50, 3.50 und „ 4.50 Fr. Weiershausen & Co. — Hamburg 5 Lindenstrasse 19.

Jeder Intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren. Prospekt über das rühmlichst bekannte Mahlers Fondin versendet gratis und franko Mahler & Co., Bamberg II.

Abendunterricht in Holz- und Marmor-malen Sommerkursus vom 15. April bis 15. Sept. Ausstellung von Schülerarbeiten am Sonntag, 20. März 1910, von 10-4 Uhr. G. D. Hintze, Hamburg, Mittelstraße 79. 50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc. Ph. Brühl, Seefisch i. Westf. Lager in prima Pinseln, Blafondbürsten, Lettern, Farbkleben, Lacken, Farben, Schablonen und Papierepapiere. Spezialgeschäft in vollständiger Einrichtung von Malerwerkstätten. Solide Ware bei billigster Berechnung. P. Steet, Nürnberg, Obere Wörthstr. 18.

Maler - Mäntel, beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegeflap. Nur eigenes Fabrikat. 110 120 130 140 cm lang jezt 2.90 3.10 3.25 3.40 M. Posen aus Kellstoff 2.— M. Mägen 40 S. Dreil-Posen und Jagden à 3.— M. Extra-Größen 3.30 M. II. Qualität 25 % billiger. Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben. D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 13, I.

Jeder Fachmann kauft seine Arbeitskleidung direkt im Spezialgeschäft von Ad. Wecker, Berlin C., Mühlendamm 3, überzeugen Sie sich durch Probe-Auftrag. Nur Ia Stoffe u. Verarbeitung. Preisliste frei.

Neueste Borenwalzen für Holz von O. Winter, 6 cm breit à Mark 2.50 per Nachnahme. Hamburg 22, Markscherg. 10, Haus 2. Der heutige Nummer liegt die Nr. 10 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei. Für die Redaktion verantwortlich M. Mart Hamburg, Schmalenbekerstraße 17. Verlag von H. Wentler, Hamburg 22. Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 23.